

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Er erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Es beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3309.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röcke, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate f. d. vierspalt. Beitzelle ob. deren Raum 30 &
Bergnügungs-Anzeigen 15 &, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 & pro Beitzelle.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

Bzug ist streng fernzuhalten: Von Tischlern nach Frankenthal (Werkstätte von Bennighof), Eisenberg i. S.-M. (sämtliche Erntefabriken); von Möbelschreibern und Bildhauern nach Frankfurt a. M. (Hofmöbelfabrik von Schneider & Hanau); von Drechslern nach Furtwangen (Firma Glod & Co.) Uhrgehäufabrik; von Bürstenmachern, Bohrern, Drechslern und Polirern nach Lodman i. Wieselthal (Fabrik Haller); von Schreibern und Parkettbodenlegern nach Tübingen (Geschäft von S. Schmidt); von Bürstenmachern nach Barmen (Werkstätte von P. Wolff).

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Vertikale und nationale Zentralisation.

u. Die Ansicht, als habe die deutsche Gewerkschaftsbewegung die Organisationskonflikte in der Hauptsache überwunden, muß als irrig bezeichnet werden. Noch ist der Streit für und gegen die Industrieverbände nicht bis in die letzten Winkel hinein entschieden und selbst die Lokalorganisation noch nicht völlig überwunden, und schon mehren sich die Anzeichen neuer Konflikte, welche die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu stören drohen, und zwar von einer Seite her, von welcher es die fortgeschrittensten Gewerkschaftler am wenigsten erwartet hätten. Schon seit Beginn dieses Jahrzehnts haben sich in den meisten Städten und Industriezentren Lokalvertretungen entwickelt, welche entweder sämtliche lokalen Gewerkschaften und Verbandsfilialen aller organisierten Berufe umfassen, oder, wo dies aus vereinsgesetzlichen Gründen nicht angängig war, doch aus Delegierten aller Berufe, gewählt mit dem Mandate, die lokalen Gewerkschafts- und Arbeiterinteressen zu wahren, bestanden. Man nannte sie Gewerkschaftskartelle, Gewerkschaftskommissionen, Gewerkschaftsvereine, Gewerkschaftszentralisation u. dergl. Sie sollten unter den verschiedensten Berufen und Organisationen das gemeinsame Band darstellen, sollten die Allen gemeinsamen lokalen Interessen wahren und einander unterstützen und ganz besonders auch die Propaganda in unorganisierten Berufen leiten und nach Kräften fördern.

Selbstverständlich mußten diese örtlichen Zentralisationen als ein wichtiger Fortschritt bezeichnet werden, denn ihr Nutzen und ihre Bedeutung lagen klar zu Tage. Sie wurden auch nach jeder Richtung hin unterstützt, und ihnen zum guten Theil ist es zu danken, daß die einzelnen Zentralverbände in ihren Zweigstellen nicht die Fühlung mit den übrigen Berufen und Organisationen verloren, wie sie auch Ansehnliches für die Agitation geleistet haben. Ueber ihre Nützlichkeit und Nothwendigkeit haben also niemals Zweifel bestanden, und auch ihr Arbeitsfeld war ein derart geräumiges, daß sie lange Zeit ihre Kräfte regen und entfalten konnten, ohne damit ihre Aufgaben zu erschöpfen. Ebenso ist anzuerkennen, daß sich manche dieser örtlichen Zentralisationen, namentlich in einigen Großstädten, recht ansehnlich entwickelt haben, zahlreiche Berufe vertreten und auch Bedeutendes an Einrichtungen und Leistungen erreicht haben, demgemäß also eine schätzenswerthe Macht verkörpern und vereinzelt auch im kommunalen Leben eine beachtenswerthe Rolle spielen. Das Alles kann nur im höchsten Grade erfreulich sein, da sich dadurch der Einfluß der gesamten Arbeiterbewegung steigert und nicht nur im Großen nach außen hin zur Geltung bringt, sondern auch im Kleinsten und Innern sich durchringt und sich überall die nöthige Achtung verschafft. Weniger erfreulich ist es aber, wenn man diese lokalen Zentralisationen in ihrer Bedeutung

neuerdings geistlich überschätzt, ihnen Aufgaben übertragen und Kompetenzen zugestehen will, die über ihren nothwendigen Wirkungskreis hinausgehen, oder sie schlechterdings in eine Richtung zu drängen beabsichtigt, die sie mit den großen Zentralisationen, d. h. mit der zentralisierten Gewerkschaftsbewegung überhaupt, in Konflikt bringen muß. Das geschieht, wenn man diese örtlichen Zentralisationen als selbstständige, unabhängige Gewerkschaften anerkennt und ihnen außerlokale Befugnisse und Wirkungssphären eröffnet, wie dies in neuerer Zeit mehrfach geschehen ist und sich vor Kurzem bei der Mainzer Konferenz der Gewerkschaftskartelle in eklatanter Weise zeigte. Dies veranlaßt uns auch, uns mit dieser Entwicklung zu beschäftigen und auf die gefährdrohenden Konsequenzen hinzuweisen, die nothwendigerweise für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung entstehen müssen.

In Nummer 38 des „Correspondenzblatt der Generalkommission“ ist der Jahresbericht des Münchener Gewerkschaftsvereins publiziert, der sich u. A. auch mit der Vertretung des Vereins auf dem Berliner Gewerkschaftskongresse beschäftigt. Bekanntlich steht diese Vertretung nur Zentralorganisationen zu, soweit der Kongreß von der Generalkommission einberufen ist, und aus diesem Grunde mußte auch der Münchener Gewerkschaftsverein von einer Delegation absehen. Er begnügte sich aber keineswegs mit diesem Verzicht, sondern übersandte dem Kongreß eine Protestresolution des Inhalts, „daß er sich prinzipiell gegen einen Gewerkschaftskongreß erkläre, zu dem nicht einmal die örtlichen Zentralen, die Kartelle, Vertreter senden könnten, und daß er für diesen Mangel die nicht mehr zeitgemäße Organisation der Generalkommission verantwortlich mache, für deren Reorganisation, unter entsprechender Berücksichtigung der Kartelle, der Kongreß Sorge tragen solle“. Die Generalkommission als Herausgeberin des „Correspondenzblatt“, bemerkt dazu: „Die Forderung des Gewerkschaftsvereins, auf dem Kongreß der zentralisierten Gewerkschaften Sitz und Stimme zu erhalten, ist nicht berechtigt. Die Gewerkschaftskartelle stellen direkt oder indirekt eine Vertretung der organisierten Arbeiter des Ortes dar. Die Zweigvereine der Zentralverbände erhalten ihre Vertretung durch die für den Verband gewählten Delegierten. Würden die Gewerkschaftskartelle, in denen diese Zweigvereine vertreten sind, ebenfalls Delegierte wählen, so ergäbe sich eine Doppelvertretung der organisierten Arbeiter. Da auf dem letzten Kongreß die Praxis angewandt ist, in wichtigen Fragen nach Zahl der Mitglieder der Organisationen abzustimmen, so würde es unmöglich sein, die Stimmen der Vertreter der Gewerkschaftskartelle zu zählen. Diese Praxis wird wohl auch für die Zukunft beibehalten werden. So lange der Kongreß eine Vertretung der organisierten Arbeiter darstellt, wird also die Sondervertretung der Gewerkschaftskartelle, wenigstens soweit ihr Stimmrecht in Frage kommt, nicht angängig sein. Eine andere Gestaltung der Generalkommission wird hieran nichts ändern, und von dem Grundsatz abzugehen, daß die Kongresse eine Vertretung der organisierten Arbeiter sein sollen, wäre verfehlt, weil damit jede Verpflichtung der Einzelorganisationen gegenüber der Zentralstelle aufgehoben würde. Selbst wenn die Vertreter der lokalorganisierten Arbeiter zu dem Kongreß zugelassen würden, ergäbe sich bei Delegation von Vertretern der Gewerkschaftskartelle, wie bisher oder vielleicht noch in erhöhterem Maße, eine Doppelvertretung, und das werden auch die Gewerkschaften Münchens nicht wünschen. Auf dem letzten Gewerkschaftskongresse waren Vertreter für die Drauer, Buchdrucker, Maler

und Metallarbeiter aus München anwesend und konnten diese lokale Angelegenheiten, soweit sie auf solchen Kongressen zur Verhandlung kommen können, zur Sprache bringen, da diese Gewerkschaften auch in Gewerkschaftsvereinen vertreten sind.“

Soweit die Antwort der Generalkommission. Wir wären auf diese Angelegenheit nicht weiter eingegangen, wenn sie nicht gleichsam typisch für die Selbstständigkeitsgelüste mancher Gewerkschaftskartelle wäre. Man vergißt in den betreffenden Kartellen den eigentlichen Zweck dieser Bindeglieder der Gewerkschaftsbewegung und erhebt in Anbetracht des Einflusses, den die Kartelle in ihrem örtlichen Wirkungskreise gewonnen haben, Ansprüche, die mit deren ursprünglichen Zwecken nichts mehr gemein haben. Sehr richtig bezeichnet das „Correspondenzblatt“ die Kartelle als bloße Vertretung der organisierten Arbeiter des Ortes; wir möchten sie sogar bloße Kommissionen oder Ausschüsse nennen, gleichviel ob sie von den einzelnen Organisationen oder Zweigstellen, oder nach dem Zwange der Umstände in öffentlichen Berufsversammlungen erwählt wurden, und gleichgültig, ob sie sich formell als „Kommission“ oder als „Verein“ konstituirten. Und thatsächlich wollen auch viele Kartelle nichts weiter sein als Ausschüsse, Vertretungen der Gewerkschaften. Diese Ausschüsse haben keine anderen Aufgaben und Zwecke, als die ihrer Mandatgeber, also der Gewerkschaften, zu erfüllen, haben sonach gebundene Marschroute, und von Selbstständigkeit und eigener Initiative kann bei ihnen keine Rede sein. Nur in dem, was ihnen als Aufgabe innerhalb ihres lokalen Wirkungskreises vorgezeichnet ist, haben sie Handlungsfreiheit, wobei jedoch wieder jedes Mitglied, also jeder Vertreter seiner Gewerkschaft resp. seinen Auftraggebern verantwortlich bleibt. Mag sein, daß ihr großer Einfluß vereinzelt zu großen, weitgehenden Kompetenzen geführt hat, aber sie sind niemals selbstständige Organisationen, sondern nur beauftragte Arbeits- und Vollziehungsausschüsse der örtlichen Gewerkschaften. Wie diese bloßen Vertretungskörperschaften jemals besondere Delegationsbefugnisse zu außerlokalen Kongressen usw. beanspruchen können, bleibt uns unerfindlich, denn mit gleichem Rechte könnte füglich jede Arbeitsnachweis-, Herbergs-, Streikkontrol- oder Beschwerbekommission derartige Befugnisse verlangen, und wenn die örtlichen Vertrauensleute, Agitations- und sonstige Comités das Gleiche verlangten, so kämen wir aus dem Wirrwarr garnicht mehr heraus. Wenn durch jede Beauftragung oder Wahl einer Kommission eine Sonderorganisation geschaffen würde, die auch Sonderrechte beansprucht, so würde dies ja zu einer heillosen Organisationsverwirrung führen. Wir meinen, gerade im Gegentheil dokumentirt die Vertreterwahl zu den Kartellen, daß dieselben keine selbstständigen Organisationen darstellen sollen, und daran ändert selbst die Konstituierung als „Verein“ nicht das Geringste.

Aber das Verlangen nach selbstständiger Vertretung ist noch bei Weitem nicht das Schlimmste; es ist nur die erste Regung der Selbstständigkeitsgelüste. Bedenklicher und unberechtigter sind die neuerlichen Versuche, die Gewerkschaftskartelle zur Verfolgung sozialpolitischer Aufgaben heranzuziehen, die außerhalb der Sphäre der Zentralverbände liegen, und zwar wegen gesetzlicher Rücksichten liegen müssen. Diese Versuche hängen aufs Innigste mit den Quard'schen Programmvor schlägen zusammen und sind als direkte Verwirklichung dieser fast überall zurückgewiesenen Vorschläge zu erachten, da Dr. Quard im Verlaufe der Preßpolemik selber die örtlichen Kartelle als Basis seiner

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Seite 10 G.)

Brannschweig. Sonnabend, 5. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im „Rheinischen Hof“, Wendenstraße 45.

Hamburg. Dienstag, 1. Dezember, bei Wwe. Lütje Valentinstamp. Tagesordnung: 1. Höhere Beiträge und der Beschluß des Vorstandes, 2. Bericht vom Gewerkschafts-Kartell. Sämtliche Mitglieder sind verpflichtet, zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Quakenbrück. Sonntag, 29. November, Nachmittags 4 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: U. A.: Die Konferenz der Verwaltungen in Nord-Deutschlands. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Schmöln. Sonnabend, den 5. Dezember, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Börse“.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstag Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Afeld a. d. E. Bevollm. Hermann Baute, Paulstraße 10. Kassierer Robert Grünig, Seminarstr. 21. Reiseunterstützung bei E. Banse (Herberge), Parkstraße 9.

Darmstadt. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß von jetzt ab die Reiseunterstützung bei F. Warm, Waldenstraße 14, ausbezahlt wird. Die Ortsverwaltung.

Ratingen. Bevollm. August Scholl, Detschstraße 76. Kassierer Johann Heinicke, Beckenstraße 42. Die Besammlungen finden regelmäßig Samstags, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Clemens, Beckenstraße, statt. Dasselbe befindet sich auch die Herberge.

Wilhelmshaven-Bant. Bevollmächtigter Fr. Janßen, Berl. Börsestr. 82 Eingang Mittelstr. Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis bei E. D. Johannsen, Grenzstr. 36, I.

Aufforderung.

Der Tischler Gustav Schuster, Buch-Nr. 49799, zur Zeit in Schwelmünde wohnhaft, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der hiesigen Verwaltungsstelle gegenüber binnen 14 Tagen nachzukommen, widrigenfalls wir uns genötigt sehen, andere Massregeln zu ergreifen.

Ferner eruchen wir die Verwaltungsbeamten, wenn der Tischler Julius Mannig, Buch-Nr. 95155, sich irgendwo meldet, ihn anzuhalten und ihn die Sammelstelle Nr. 10, welche derselbe von hier mitgenommen hat, abzunehmen, oder aus dem Anzeigebuch mitzutheilen, damit wir weitere Massregeln veranlassen können.

Die Ortsverwaltung Holzgäß.
H. Zanfert, Bevollmächtigter,
Schusterstr. 17, Hof, 1 Tr.

Aufforderung.

Der Tischler Otto Schüler, Buch-Nr. 109468, geb. zu Nordhaußen am 12. März 1877, ist nach Unterschlagung von Verbandsgebern und einer Sammelkarte von hier verschwunden. Wir bitten, denselben anzuhalten und seine Adresse hierher mitzutheilen, oder an den Hauptort zurückzuführen.

Die Ortsverwaltung Bremerhaven.
J. A. C. Hildmann,
Geesebünde, Gartenstraße 12.

Zur Beachtung!

Die Herberge für organisierte Holzarbeiter, „Schützen zur Linde“, ist aufgehoben. Die darunter befindlichen Kollegen haben sich an unseren jetzigen Kassierer, Georg Tisch, Schreiber, wohnhaft bei F. Schneider, Unter Markt, zu wenden, um Reiseunterstützung zu erhalten.

G. Aberle, Bevollmächtigter,
Furtwangen (Baden).

Kollege Otto Wegmann aus Burg bei Magdeburg, bitte um Nachricht.
H. Driewer,
Saage (Zippe), Sedanstr. 2.

Kollege Max Wehnert, wo bist Du? Dein Kollege G. Schellworth,
Schiffahrt in Vetschelsdorf bei Jüterbog.

Kollege Hans Leh aus Bamberg, wo bist Du? Was ist mit Deinem Koffer weiter? Kollegen, welche den Inhalt des Obigen wissen, werden um Mitteilung gebeten. Malteser werden vergütet.
Joh. Böcklein,
GutsMuths bei der Poststation Wärsberg.

Gustav Milk-reit, Tischler, aus Schwelmünde, wo bist Du? Send mir sofort Deine Karte. Carl Bode, Drechsler,
Ruxtreilich.

Ein Techniker

gesucht von einer größeren Bauwerkerei zum Anfertigen von Zeichnungen, Beaufsichtigen der Bauarbeiten etc. Offerten erbeten unter S. D. 349 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Frankfurt a. M.

Gesucht ein Möbeltischler

zu sofort. A. Wellert, Mirow i. M.

Mehrere tüchtige Tischler

werden auf dauernde Arbeit zum sofortigen Eintritt gesucht.

Möbel-Fabrik Anton Guhlmann,
Neustadt b. Chemnitz i. S.

6-8 Möbeltischler

finden sofort dauernde Beschäftigung in der Möbelfabrik mit Dampftrieb von Wernicke & Rohde, Barth (Pommern).

Vier geschickte Stuhlmeistergesellen

können gleich feste Arbeit erhalten.
Justesen's Stuhl-Fabrik,
Randers (Dänemark).

Tüchtige Drechsler

sucht per sofort
Richard Saalfeld, Möbelfabrik,
Helmstedt (Verzogth. Braunschweig).

Kammacher

finden dauernde Beschäftigung auf Haarschmied bei
R. Krönert Nachf.,
Berlin, Krautstraße Nr. 38.

Zwei Korbmacher

auf Ein- und Zwei-Deckelkörbe finden sofort bei gutem Lohn dauernde Arbeit in der Korbfabrik von
Reinhold Hoffmann,
Dresden-Blasewitz 148.

Gesucht ein Korbmachergehilfe

auf Sematt. Dauernde Beschäftigung.
J. Schilling, Ditzhorn (Holstein).

Gesucht zwei Korbmachergehilfen

auf Sematt.
J. Prigge, Borstel (Altentele).

Zwei Korbmachergehilfen

auf Mattarbeit sucht
Th. F. Schaumburg, Korbmachermstr.
Naumburg a. d. E.

Zwei Korbmachergehilfen

auf groß und klein geschlagene Arbeit erhalten sofort dauernde Beschäftigung. Gute Winter Bezahlung.
Fr. E. Brämer, Korbmachermstr.
Tramburg.

Bürstenmacher,

tüchtiger Meister und Einzelier, für dauernde Arbeit.
K. Borrmann,
Bredlau, Neue Schweidnitzstr. 9.

Tischlerwerkzeuge Ia.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabrikt und hält auf Lager S. Gimstedt, Hamburg. Lange Wägen 86, 87. Preislisten an Wunsch senden.

Feinste Konzert-Ziehharmonika



„Miranda“

mit 2 Chor. hartem Orgelton 35 cm groß, 20 Tasten, 2 Register, 2 Klappen, 20 Doppelschläger, Zuhalter, 2 Zehner Klänge mit Stahlfederwerk. Feinste prima Ziehharmonika, für welche 10 Jahre Garantie leiste. Diese Ziehharmonika, reicher Metallverkleidung, Preis nur M. 5.—, mit Klänge M. 5.50, ein 3-Chor. Pracht-Instrument kostet nur M. 7.—, mit Klänge M. 7.50. Selbstlernschule, Postfach, Preisliste umsonst. Porto 80 G. Zurücknahme, wenn Harmonika nicht gefällt. Anfertigen bei Friedrich Schmerbeck in Neuenrade i. Westf. Beste Ziehharmonika zum Beispiel ist recht Herr J. Knapp in Lübeck. Erhaltene Harmonika für M. 5 mag ich sehr loben und ist zu meiner Zufriedenheit. Hier kann man eine solche nicht unter M. 12 kaufen.

Zeichen-Bureau!

vor 9 Jahren spe. für d. Gebiet der Tischlerei gegründet, liefert Bleistift-Entwürfe im Maßstab 1:10 nach Angabe, sowie auch naturgroße Werkstatt-Zeichnungen.

Neues Vorlagenwerk für d. Bauwerkerei, 30 Tafeln, nur praktischste Skizzen, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material, M. 13 in Farbendruck.

Neues Vorlagenwerk f. d. Möbeltischlerei, 30 Tafeln, einfach ausführbare Entwürfe, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material, M. 12 in Farbendruck

Belehrung über Korrektur zu machende Kosten-Voranzeige wird jedem Werke gratis beigelegt.

Ernst Rettelbusch,

früher Tischler, Zeichner u. d. Werkführer, jetzt technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Nürnberg, Baraschmiedstraße 19.

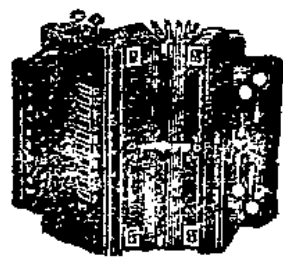
Circa 10300 Stück Zug-Harmonika's patentirt,



In Deutschland patentamtlich geschützt, unter D. R. G. M. W. 47483 eingetragen und von mir selbst erfundene Klaviatur mit Spiral-Tastenfederung sind bereits seit 3 Monaten (Wart. Juni, Juli 1896) verkauft! Nicht eine Restauration wegen Brechen od. Löthens werden meiner neuen Patentfederung ist in dieser Zeit eingegangen. Ich garantiere nach wie vor 10 Jahre für diese Feder!

1000 Mk. zahle ich demjenigen Fabrikanten od. Händler, welcher mir den Nachweis erbringt, daß er die gleiche Anzahl Zieh-Harmonika's in dem oben angegebenen Zeitraum an Private abgesetzt hat. Ein weiterer Beweis für die

Sorgfältigkeit meiner Instrumente wird dadurch überflüssig! Jedermann wird die Ueberzeugung gewinnen, daß man im größten Geschäfte in der Regel auch am besten und billigsten kauft!
Für nur **5 Mark 70 Pfg.** versende ich meine bekannten, vorzüglichen Instrumente mit obiger patentamtlich geschützten Federung versehen. 2-chörig mit Orgelton, 17 Tasten 40 breiten Schlägern, 2 Klappen, 2 Register, offener Metall-Klaviatur mit einer breiten Metallplatte umlegt, gutem hartem Holz mit 2 Doppelschlägern, 2 Zuhältern fortissimi halten, mit Stahl-Gelenkschloßern und brillanten Metallbeschlägen. Größe dieses Pracht-Instrumentes 35 cm.
Dasselbe Instrument 3-chörig mit 3 Registern M. 7.50. Dasselbe Instrument 4-chörig mit 4 Registern M. 8.50. Reparatur und Selbstlernschule umsonst, Porto 80 Pfg. Man bestelle beim Erfinder **Heinz Sahr in Neuenrade.**



10 Jahre Garantie
leiste ich für das Brechen oder Erlahmen der Tastfedern meiner **Konzert-Zug-Harmonika „Westfalia“!**

Eine solche Harmonika. 2chörig, 10 Tasten, 2 Register, 2 Doppelbässe, 20 Doppelstimmen, 2 Zuhalter, offene, mit Nickelstab umlegte Klaviatur, 2 Doppelbälge mit stählernen Eckenshonern, 36 Centimeter gross, stark gebaut und leicht spielend, **kostet bei mir nur Mk. 5!** mit **Glockenspiel Mk. 5.50**, 3chörig mit 3 echten Regist. **nur Mk. 7.50**, 4chörig mit 4 echten Regist., Grösse 38 cm, **nur Mk. 9**, mit 2 Reihen (19 Tasten), 4 Klappen, 4chör. Orgelton, Grösse 38 cm, **nur Mk. 12**. Versand gegen Nachn. Selbsterlernschule u. Kiste umsonst. Porto 80 G. **Man bestelle b. grossen Exporthause v. Robert Hasberg, Neuenrade (Westf.)**

Trockenanlagen,
sowohl für Bau- als Nutzhölzer, Zündhölzer, Parquet etc. liefert vorzüglich die Spezialfabrik **E. Sturm, Ingenieur, Würzburg.**

Für Hausfrauen!
Annahme alter Wollschachen aller Art gegen Lieferung von Meider, Unterrock u. Wammetoffen, Damentuchen, Buckskins, -trickvolle, Borstigen, Schlaf und Teppichdecken in den neuesten Mustern zu billigen Preisen durch **R. Eichmann, Ballenstedt a. S.** Leistungsfähigste Firma. Muster umgehend frei.

Genossen! Kaufet den Bleistift
von Jean Blos, Stein bei Nürnberg.

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.
Comptoir: Hamburg, Admiralitätsstrasse No. 23.
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserechte, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachttvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unter Garantie d. Oelausschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Holzarbeiter - Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sonie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3309.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: F. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate f. d. vierspalt. Petitzeile od. deren Raum 30 $\frac{1}{2}$
Bergütungs-Anzeigen 15 $\frac{1}{2}$, Verlammlungs-
Anzeigen und Stellenermittlungen 10 $\frac{1}{2}$ pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

Zugung ist streng fernzuhalten: Von Tischlern nach Frankenthal (Werkstätte von Bennigshof), Eisenberg i. S.-M. (sämmliche Tischfabriken); von Möbelschreibern und Bildhauern nach Frankfurt a. M. (Sofmöbelfabrik von Schneider & Panau); von Drehselern nach Furtwangen (Firma Glod & Co.) Uhrgehäusefabrik; von Büchsenmachern, Bohrern, Drehselern und Polirern nach Todman i. Wiesenthal (Fabrik Jaller); von Schreibern und Parquetbodenlegern nach Tübingen (Werkstätte von P. Wolff); von Büchsenmachern nach Warmen (Werkstätte von P. Wolff).

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mitteilung über den Stand des Streiks oder die Ausbesserung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Vertikale und nationale Zentralisation.

a. Die Ansicht, als habe die deutsche Gewerkschaftsbewegung die Organisationskonflikte in der Hauptsache überwunden, muß als irrig bezeichnet werden. Noch ist der Streit für und gegen die Industrieverbände nicht bis in die letzten Winkel hinein entschieden und selbst die Lokalorganisation noch nicht völlig überwunden, und schon mehrten sich die Anzeichen neuer Konflikte, welche die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu stören drohen, und zwar von einer Seite her, von welcher es die fortgeschrittensten Gewerkschaftler am wenigsten erwartet hätten. Schon seit Beginn dieses Jahrzehnts haben sich in den meisten Städten und Industriezentren Lokalvertretungen entwickelt, welche entweder sämtliche lokalen Gewerkschaften und Verbandsfilialen aller organisierten Berufe umfassen, oder, wo dies aus vereinsgesetzlichen Gründen nicht angängig war, doch aus Delegierten aller Berufe, gewählt mit dem Mandate, die lokalen Gewerkschafts- und Arbeiterinteressen zu wahren, bestanden. Man nannte sie Gewerkschaftskartelle, Gewerkschaftskommissionen, Gewerkschaftsvereine, Gewerkschaftszentralisation u. dergl. Sie sollten unter den verschiedenen Berufen und Organisationen das gemeinsame Band darstellen, sollten die Allen gemeinsamen lokalen Interessen wahren und einander unterstützen und ganz besonders auch die Propaganda in unorganisierten Berufen leiten und nach Kräften fördern.

Selbstverständlich mußten diese örtlichen Zentralisationen als ein wichtiger Fortschritt bezeichnet werden, denn ihr Nutzen und ihre Bedeutung lagen klar zu Tage. Sie wurden auch nach jeder Richtung hin unterstützt, und ihnen zum guten Theil ist es zu danken, daß die einzelnen Zentralverbände in ihren Zweigstellen nicht die Fühlung mit den übrigen Berufen und Organisationen verloren, wie sie auch Ansehenliches für die Agitation geleistet haben. Ueber ihre Nützlichkeit und Nothwendigkeit haben also niemals Zweifel bestanden, und auch ihr Arbeitsfeld war ein derart geräumiges, daß sie lange Zeit ihre Kräfte regen und entfalten konnten, ohne damit ihre Aufgaben zu erschöpfen. Ebenso ist anzuerkennen, daß sich manche dieser örtlichen Zentralisationen, namentlich in einigen Großstädten, recht ansehnlich entwickelt haben, zahlreiche Berufe vertreten und auch Bedeutendes an Einrichtungen und Leistungen erreicht haben, demgemäß also eine schätzenswerthe Macht verkörpern und vereinzelt auch im kommunalen Leben eine beachtenswerthe Rolle spielen. Das Alles kann nur im höchsten Grade erfreulich sein, da sich dadurch der Einfluß der gesamten Arbeiterbewegung steigert und nicht nur im Großen nach außen hin zur Geltung bringt, sondern auch im Kleinsten und Innern sich durchringt und sich überall die nöthige Achtung verschafft. Weniger erfreulich ist es aber, wenn man diese lokalen Zentralisationen in ihrer Bedeutung

neuerdings gesichtlich überschätzt, ihnen Aufgaben übertragen und Kompetenzen zugestehen will, die über ihren nothwendigen Wirkungskreis hinausgehen, oder sie schlechterdings in eine Richtung zu drängen beabsichtigt, die sie mit den großen Zentralisationen, d. h. mit der zentralisirten Gewerkschaftsbewegung überhaupt, in Konflikt bringen muß. Das geschieht, wenn man diese örtlichen Zentralisationen als selbstständige, unabhängige Gewerkschaften anerkennt und ihnen außerlokale Befugnisse und Wirkungssphären eröffnet, wie dies in neuerer Zeit mehrfach geschehen ist und sich vor Kurzem bei der Mainzer Konferenz der Gewerkschaftskartelle in eklatanter Weise zeigte. Dies veranlaßt uns auch, uns mit dieser Entwicklung zu beschäftigen und auf die gefahrdrohenden Konsequenzen hinzuweisen, die nothwendigerweise für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung entstehen müssen.

In Nummer 38 des „Correspondenzblatt der Generalkommission“ ist der Jahresbericht des Münchener Gewerkschaftsvereins publiziert, der sich u. A. auch mit der Vertretung des Vereins auf dem Berliner Gewerkschaftskongresse beschäftigt. Bekanntlich steht diese Vertretung nur Zentralorganisationen zu, soweit der Kongress von der Generalkommission einberufen ist, und aus diesem Grunde mußte auch der Münchener Gewerkschaftsverein von einer Delegation absehen. Er begnügte sich aber keineswegs mit diesem Verzicht, sondern überhandte dem Kongress eine Protestresolution des Inhalts, „daß er sich prinzipiell gegen einen Gewerkschaftskongress erkläre, zu dem nicht einmal die örtlichen Zentralen, die Kartelle, Vertreter senden könnten, und daß er für diesen Mangel die nicht mehr zeitgemäße Organisation der Generalkommission verantwortlich mache, für deren Reorganisation, unter entsprechender Berücksichtigung der Kartelle, der Kongress Sorge tragen solle“. Die Generalkommission, als Herausgeberin des „Correspondenzblatt“, bemerkt dazu: „Die Forderung des Gewerkschaftsvereins, auf dem Kongress der zentralisirten Gewerkschaften Sitz und Stimme zu erhalten, ist nicht berechtigt. Die Gewerkschaftskartelle stellen direkt oder indirekt eine Vertretung der organisierten Arbeiter des Ortes dar. Die Zweigvereine der Zentralverbände erhalten ihre Vertretung durch die für den Verband gewählten Delegierten. Würden die Gewerkschaftskartelle, in denen diese Zweigvereine vertreten sind, ebenfalls Delegierte wählen, so ergäbe sich eine Doppelvertretung der organisierten Arbeiter. Da auf dem letzten Kongress die Praxis angewandt ist, in wichtigen Fragen nach Zahl der Mitglieder der Organisationen abzustimmen, so würde es unmöglich sein, die Stimmen der Vertreter der Gewerkschaftskartelle zu zählen. Diese Praxis wird wohl auch für die Zukunft beibehalten werden. So lange der Kongress eine Vertretung der organisierten Arbeiter darstellt, wird also die Sondervertretung der Gewerkschaftskartelle, wenigstens soweit ihr Stimmrecht in Frage kommt, nicht angängig sein. Eine andere Gestaltung der Generalkommission wird hieran nichts ändern, und von dem Grundsatz abzugehen, daß die Kongresse eine Vertretung der organisierten Arbeiter sein sollen, wäre verfehlt, weil damit jede Verpflichtung der Einzelorganisationen gegenüber der Zentralkarte aufhören würde. Selbst wenn die Vertreter der lokalorganisierten Arbeiter zu dem Kongress zugelassen würden, ergäbe sich bei Delegation von Vertretern der Gewerkschaftskartelle, wie bisher oder vielleicht noch in erhöhterem Maße, eine Doppelvertretung, und das werden auch die Gewerkschaften Münchens nicht wünschen. Auf dem letzten Gewerkschaftskongresse waren Vertreter für die Brauer, Buchdrucker, Maler

und Metallarbeiter aus München anwesend und konnten diese lokale Angelegenheiten, soweit sie auf solchen Kongressen zur Verhandlung kommen können, zur Sprache bringen, da diese Gewerkschaften auch in Gewerkschaftsvereinen vertreten sind.“

Soweit die Antwort der Generalkommission. Wir wären auf diese Angelegenheit nicht weiter eingegangen, wenn sie nicht gleichsam typisch für die Selbstständigkeitsgelüste mancher Gewerkschaftskartelle wäre. Man vergißt in den betreffenden Kartellen den eigentlichen Zweck dieser Bindeglieder der Gewerkschaftsbewegung und erhebt in Anbetracht des Einflusses, den die Kartelle in ihrem örtlichen Wirkungskreise gewonnen haben, Ansprüche, die mit deren ursprünglichen Zwecken nichts mehr gemein haben. Sehr richtig bezeichnet das „Correspondenzblatt“ die Kartelle als bloße Vertretung der organisierten Arbeiter des Ortes; wir möchten sie sogar bloße Kommissionen oder Ausschüsse nennen, gleichviel ob sie von den einzelnen Organisationen oder Zweigstellen, oder nach dem Zwange der Umstände in öffentlichen Berufsversammlungen erwählt wurden, und gleichgültig, ob sie sich formell als „Kommission“ oder als „Verein“ konstituirten. Und thatsächlich wollen auch viele Kartelle nichts weiter sein als Ausschüsse, Vertretungen der Gewerkschaften. Diese Ausschüsse haben keine anderen Aufgaben und Zwecke, als die ihrer Mandatgeber, also der Gewerkschaften, zu erfüllen, haben sonach gebundene Marschroute, und von Selbstständigkeit und eigener Initiative kann bei ihnen keine Rede sein. Nur in dem, was ihnen als Aufgabe innerhalb ihres lokalen Wirkungskreises vorgezeichnet ist, haben sie Handlungsfreiheit, wobei jedoch wieder jedes Mitglied, also jeder Vertreter seiner Gewerkschaft resp. seinen Auftraggebern verantwortlich bleibt. Mag sein, daß ihr großer Einfluß vereinzelt zu großen, weitgehenden Kompetenzen geführt hat, aber sie sind niemals selbstständige Organisationen, sondern nur beauftragte Arbeits- und Vollziehungsausschüsse der örtlichen Gewerkschaften. Wie diese bloßen Vertretungskörperschaften jemals besondere Delegationsbefugnisse zu außerlokalen Kongressen usw. beanspruchen können, bleibt uns unerfindlich, denn mit gleichem Rechte könnte füglich jede Arbeitsnachweis-, Herbergs-, Streikkontrol- oder Beschwerdekommission derartige Befugnisse verlangen, und wenn die örtlichen Vertrauensleute, Agitations- und sonstige Comités das Gleiche verlangten, so kämen wir aus dem Wirrwarr garnicht mehr heraus. Wenn durch jede Beauftragung oder Wahl einer Kommission eine Sonderorganisation geschaffen würde, die auch Sonderrechte beansprucht, so würde dies ja zu einer heillosen Organisationsverwirrung führen. Wir meinen, gerade im Gegentheil dokumentirt die Vertreterwahl zu den Kartellen, daß dieselben keine selbstständigen Organisationen darstellen sollen, und daran ändert selbst die Konstituierung als „Verein“ nicht das Geringste.

Aber das Verlangen nach selbstständiger Vertretung ist noch bei Weitem nicht das Schlimmste; es ist nur die erste Regung der Selbstständigkeitsgelüste. Bedenklicher und unberechtigter sind die neuerlichen Versuche, die Gewerkschaftskartelle zur Verfolgung sozialpolitischer Aufgaben heranzuziehen, die außerhalb der Sphäre der Zentralverbände liegen, und zwar wegen geistlicher Rücksichten liegen müssen. Diese Versuche hängen aufs Innigste mit den Quard'schen Programmvor schlägen zusammen und sind als direkte Verwirklichung dieser fast überall zurückgewiesenen Leitsätze zu erachten, da Dr. Quard im Verlaufe der Preßpolemik selber die örtlichen Kartelle als Basis seiner

Vorschläge bezeichnete. Nun wird zwar, und mit Recht, gegen die sozialpolitische Wirksamkeit der Zentralverbände der Umstand geltend gemacht, daß die meisten Vereinsgesetze einer solchen entgegenstehen und die Verbände mit behördlicher Auflösung bedrohen würden; deshalb war auch der Rückzug auf die lokalen Kartelle einigermaßen verständlich, wenn auch nicht zu billigen, denn wir betonten schon damals an anderer Stelle, daß die örtlichen Kartelle keine Sonderorganisationen in der Gewerkschaftsbewegung seien und deshalb auch keiner Sonderaufgaben bedürftigen, die über den Aufgabenkreis der Zentralverbände hinausgehen; sonst läme es zu Reibungen und Konflikten zwischen lokalen und zentralen Kompetenzen, und die Mehrzahl der Zentralverbände müßte darauf verzichten, in lokalen Kartellen vertreten zu sein, denen die Sondergesetze über die Interessen ihrer Mandatgeber gehen und die durch ihre Maßnahmen die Interessen der Zentralverbände gefährden. Aber daß die Kartelle sich nicht allein mit bloßen gelegentlichen sozialpolitischen Beratungen begnügen würden, sondern daß eine Anzahl Kartelle selbst außerhalb ihres lokalen Wirkungsbereiches Fühlung suchen und sogar besondere Konferenzen mit sozialpolitischer Tagesordnung abhalten, das hätten wir nicht im Mindesten erwartet, weil uns schon die bloße Möglichkeit dazu zu fehlen schien. Denn was die Zentralverbände nicht wagen dürfen, nämlich Kongresse und Konferenzen mit politischer Tagesordnung einzuberufen, das war unserer Meinung nach auch den örtlichen Kartellen unmöglich, weil hier die bedenkliche Verbindung ebenfalls nicht zu umgehen ist. Nun, eine Anzahl heftiger und mitteldeutscher Gewerkschaftskartelle haben uns eines Anderen belehrt; sie haben es fertig gebracht, in Mainz zu tagen und zur Zwangsorganisation des Handwerks, einer Regierungsvorlage, Stellung zu nehmen, und zwar mit einem Eifer, als handele es sich um die Abwendung einer höchsten Gefahr, oder als gäbe es nirgends in Deutschland eine Stätte, um die Gewerkschaftsinteressen diesem Entwurf gegenüber zur Geltung zu bringen.

Wir verzichten darauf, uns mit den Beschlüssen dieser Kartellkonferenz zu beschäftigen und wollen auch die rechtliche Möglichkeit derselben nicht weiter bemängeln, da den meisten der beitheiligten Kartelle das heftige Vereinsgesetz keine Schwierigkeiten bereitet, die anderwärts in Deutschland bestehen. Was wir dabei rügen müssen, ist die offensibare Ueberschreitung der Kompetenzen, die sich in diesem Vorgehen der Kartelle ausdrückt, und vor deren Nachahmung wir ganz entschieden abzurathen möchten. Mag der Zweck der Konferenz noch so gut gemeint sein, so liegt doch nicht der geringste Grund dafür vor, daß die örtlichen Gewerkschaftsausschüsse miteinander über Gesetzesvorlagen konferieren, die sie nicht in ihren speziellen Aufgaben berühren, sondern die gesammte Arbeiterschaft angehen. Vielmehr muß ein solches Vorgehen zur Ueberschätzung und Abseitsstellung der Gewerkschaftsausschüsse führen und Konflikte im Schooße der Gewerkschaftsbewegung heraufbeschwören, die der Gesammtheit wenig förderlich sind. War eine Konferenz der dortigen Gewerkschaftler durchaus nöthig, so konnte dies ebensogut durch Vertreter öffentlicher Gewerkschaftsversammlungen geschehen, und es wären vielleicht dieselben Kartellvertreter delegirt worden, die in Mainz anwesend waren. Aber nach besonderen Konferenzen und Kongressen ist wahrhaftig kein besonderes Bedürfnis vorhanden, auch nicht zur Berathung sozialpolitischer Materien, da bis dato noch immer Mittel und Wege gefunden wurden, um solche Interessen zu wahren, und zwar in ganz anderer Weise, als die Mainzer Konferenz, die ausgegangen ist wie das Horabergerschießen. Auch der Zwangsorganisationsentwurf bot keine besondere Veranlassung zu einer solchen Sonderkonferenz, vielmehr erblicken wir in dieser nur die Probe auf das bekannte Dr. Duard'sche Exempel der sozialpolitischen Bethätigung der Gewerkschaftskartelle, und daß diese Charakteristik unsere Kritik keinesfalls entkräftigt, braucht kaum besonders dargezogen zu werden. Ist das Kongress- und Konferenzwese schon an sich eine bedenkliche Krankheit, so wird diese um so gefährlicher, wenn sie sich schon der Gewerkschaftsausschüsse und Gewerkschaftskommissionen bemächtigt. Die Duard'sche Gewerkschaftspolitik hat aber mit dieser Mainzer Konferenz das unglücklichste Debit gemacht, denn besser konnte die Verfehltheit dieser Taktik kaum jemals ad absurdum geführt werden.

Darum erklären wir uns keineswegs zum Gegner der gewerkschaftlichen Sozialpolitik; auch wir halten dafür, daß die Gewerkschaften zu politischen Fragen und sie berührenden Gesetzesmaterien Stellung nehmen im weitesten Sinne des Wortes,

aber sie müssen dies thun in einer Form, die die Verbände vor behördlichen Maßregeln bewahrt, und zwar so, wie sie dies bereits seit Jahren thaten, ehe Dr. Duard mit seinem Gewerkschaftsprogramm auf den Plan trat. Ganz entschieden erklären wir uns aber gegen Aktionen der örtlichen Kartelle, die über den engezogenen lokalen Rahmen dieser Gewerkschaftsausschüsse hinausgehen, da durch solche Maßnahmen die Gefahr lokalistischer Tendenzen und übler Reibungen heraufbeschworen wird und die Gewerkschaftskartelle zum Tummelplatz fremder, den Zentralisationen fernstehender und feindlicher Elemente werden, welche Gefahr überdies jetzt schon durch die Vertretung zahlreicher lokaler Fachvereine in den Kartellen vorhanden ist. Die örtlichen Zentralisationen würden dadurch nicht bloß in ihrem eigentlichen Thätigkeitsbereich geschwächt werden, sie würden auch durch die Verschärfung der Konflikte ihre wesentlichsten Stützpunkte verlieren, und das sind die Mitgliedschaften der ausgebreiteten und an Mitgliederzahl, Beitragshöhe und Organisationsleistungen alle kleinen Fachvereine weit überragenden Zentralverbände. Den Verbandsmitgliedern und allen organisirten Arbeitern aber empfehlen wir, in Zukunft das Verantwortlichkeitsgefühl ihrer Mandatäre, ihrer Kartellvertreter, etwas höher zu spannen, um derartigen Konflikten vorzubeugen!

Zur Abänderung des preussischen Vereinsgesetzes.

Die zur Eröffnung des preussischen Landtages verlesene Thronrede kündigt „eine Vorlage wegen Abänderung der in Preußen geltenden Vorschriften über das Vereinswesen“ an, wenn die noch stattfindenden Erörterungen zur Beschlußfassung gereift sein werden. Wie diese Abänderung beschaffen sein wird, darüber haben wir uns seit der Erklärung des Reichskanzlers von Hohenlohe im Reichstage, wonach das Verbot des Inverbindtretens politischer Vereine aus dem Vereinsgesetze der einzelnen Bundesstaaten ausgemerzt werden soll, keiner Täuschung hinzugeben.

Es ist selbstverständlich, daß nicht nur Erfahrungen, die in Preußen gemacht wurden, sondern auch die in anderen Ländern gemachten, in den Kreis der Erörterungen des preussischen Staatsministeriums über die künftige Gestalt des Vereinsrechtes gezogen werden. Besonders die behördlichen Maßnahmen in Sachsen sollen schon bisher bei diesen Erörterungen Veranlassung zu dem Wunsche gegeben haben, von einer bloßen Aufhebung der in § 8 enthaltenen Bestimmung, nach der politische Vereine nicht miteinander in Verbindung treten dürfen, abzusehen, dagegen den Wünschen entgegenzukommen, die auf Beschränkung der Bewegungsfreiheit sozialdemokratischer Organisationen abzielen.

Mehr Schwierigkeiten machte aber bei den Beratungen die Frage, wie man sich den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter gegenüber stellen soll. Diesen durch die Abänderung des Gesetzes eine Garantie zu geben, Grund deren sie, ohne polizeiliche Eingriffe besorgen zu müssen, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter ungehinderter als bisher wahrnehmen könnten, das will man nicht, weil man den Unmuth des Unternehmertums fürchtet. Weiter kommt in Betracht, daß die Arbeiter in den Gewerkschaften zu einer Selbstständigkeit erzogen werden, die sie den politischen Einflüssen der bürgerlichen Parteien mehr und mehr entzieht. Darum ist man bemüht, Formen zu finden, die, trotzdem das Verbot des Inverbindtretens fallen soll, Beschränkungen auch für die Gewerkschaften enthalten sollen.

Die Gewerkschaftler dürfen sich demnach nicht der optimistischen Auffassung hingeben, die Aenderung des Vereinsgesetzes werde den gewerkschaftlichen Organisationen Erleichterungen ihrer Aufgaben resp. größeren Spielraum für ihre Thätigkeit gewähren. Noch sind zwar die Erörterungen hierüber nicht abgeschlossen, aber es machten sich starke Einflüsse geltend, der gewerkschaftlichen Agitation Schwierigkeiten zu bereiten. Ja, es besteht, wenn man recht unterrichtet sind, die Absicht, die Gewerkschaften im Allgemeinen auf der Grundlage der gegen die Sozialdemokratie beabsichtigten Bestimmungen zu behandeln, dagegen für Organisationen, in denen keine sozialistischen Anklänge zu finden sind, gewisse Konzeptionsbestimmungen einzuführen.

Das fordert zu entschiedener Gegenwehr heraus. Es wird daher gut sein, sich der verprochenen Abänderung des Vereinsgesetzes gegenüber nicht etwa passiv zu verhalten, sondern, während die Erörterungen im preussischen Ministerium weiter gepflogen werden, in der Öffentlichkeit zu den geplanten Maßnahmen Stellung zu nehmen, die gleiche Behandlung aller gewerkschaftlichen Organisationen zu fordern und den einseitigen Schutz des Unternehmertums zu bekämpfen. Denn es

würde allerdings eine Parteinahme zu Gunsten des Unternehmertums bedeuten, wenn bestimmte Arbeiterorganisationen auf Grund neuer Gesetzesbestimmungen deshalb ungleich schärfer behandelt würden, weil sie die Arbeiterinteressen mit eingehenderen, sagen wir schärferen Mitteln erstreben, als andere Organisationen, wie die Hirsch Dunder'schen Gewerksvereine, oder die evangelischen und katholischen Arbeitervereine.

Vor nächstem Frühjahr wird ja der Schleier kaum geküftet und Positives über die Beschlüsse des preussischen Ministeriums nicht bekannt gegeben werden; was jedoch von den gepflogenen Erörterungen verlautet, giebt der gesammten Arbeiterchaft dringenden Anlaß, mehr als bisher für die Koalitionsfreiheit einzutreten und gegen weitere Beschränkungen ihrer Vereinsthätigkeit, zum Zwecke der Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu protestiren.

Diejenigen befinden sich sicher im Irrthum, die von der geplanten Aenderung der Vereinsgesetze größere Freiheit der Bewegung für die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter erhoffen. Das steht nach dem Sturze des Ministers v. Berlepsch und der Inaugurirung des allerneuesten Kurses viel weniger zu erwarten denn je.

Inzwischen hat schon die Handhabung des preussischen Vereinsgesetzes eine Erweiterung erfahren, die ganz nach sächsischem Muster geartet ist. Es werden nämlich die Gewerkschaften als politische Vereine erklärt. Wie wir schon in letzter Nummer mittheilten, hat jüngst das Obergericht entschieden, die Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes in Hannover sei ein politischer Verein, das sei durch die in Versammlungen gehaltenen Vorträge erwiesen. Unter Anderem wird angeführt, daß in einem Vortrage im Februar 1895 eine scharfe Kritik an den Fabrikinspektoren geübt und ihre Vermehrung verlangt worden sei. In einer anderen Versammlung seien Vorschläge zur Erweiterung der Leistungen der Altersversicherung gemacht worden, indem man die Herabsetzung des Berechtigungsalters auf 50 Jahre verlangte. Dann sei auch einmal das Verbot der Kinderarbeit angeregt worden, und in einer anderen Versammlung habe ein Redner die Pflicht der Behörden, für bessere Wohnungen zu sorgen, betont.

Nach solchem Vorgehen wird sich das Ministerium kaum scheuen, die Gewerkschaften als sozialdemokratische Vereine zu bezeichnen, denen man durch Gesetzesbestimmungen keine Garantie für ihren Bestand geben dürfe. Man glaubt sich nach den jüngsten Entscheidungen in die Zeit des Sozialistengesetzes zurückversetzt, wo Staatsanwälte und Richter aus den geringfügigsten Anlässen die Politischerklärung der Gewerkschaften beziehungsweise deren Auflösung rechtfertigen zu können glaubten. Wurde doch in Barmen die Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes aufgelöst, weil sie günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Streiks anstreben zu können meinte; die Fachvereine der Tischler in Kiel und Gaarden sollten nach Ansicht der Behörde um deswillen politische Vereine sein, weil sie die „Neue Tischler-Zeitung“ von Vereinswegen hielten, in der sozialpolitische Artikel enthalten waren. Wer bürgt uns dafür, daß nach den neuerlichen Manipulationen des Oberpräsidenten von Hannover nicht ähnliche Argumente in's Feld geführt werden, um dann, wenn die Zahlstellen der verschiedenen Gewerkschaftsverbände für politisch erklärt sind, durch das gemeinsame Galtten einer Gewerkschaftszeitung ein Vergehen gegen § 16 des preussischen Vereinsgesetzes zu konstruiren, und die gesammten Zahlstellen aufzulösen? So viel ist sicher, daß die Wäcker im preussischen Landtage den Gewerkschaftsorganisationen nicht hold sind, und ihnen gewiß von Herzen gern einen Strich brechen möchten. Doch was auch kommen und zusammengebraut werden mag, man wird die Arbeiter gerüstet finden; gegen eine Beschränkung und Verschlechterung des ohnehin papiernen Koalitionsrechts werden sie sich zu wehren wissen, und sollte die preussische Regierung wirklich dem reaktionären Ansinne der Stumm und Konsorten Folge geben, dann wird die Gewerkschaftsbewegung darum nicht zu Grunde gehen, sie wird dann eben andere Wege einschlagen müssen, um die Lebensinteressen der Arbeiterschaft zu wahren, und wir sind dessen sicher, daß es geschehen wird, ob mit ob ohne Koalitionsrecht. Die Folgen, die die Rechtslosmachung der heute gewerkschaftlich organisirten Arbeiter nach sich zieht, haben nicht sie, sondern Diejenigen auf sich zu nehmen, die die Arbeiter an der Wahrung ihrer Interessen gehindert haben, durch Beschränkung des Vereins- und Koalitionsrechts.

Die Fabrikordnung der Firma Riegler & Co. in Driesen (Holzbearbeitungsfabrik).

Diese Firma hat eine Fabrikordnung für ihre Arbeiter seit dem 22. April 1895 eingeführt, aus der einzeln Punkte hervorgehen, etwas niedriger gehalten zu werden. Die Gewerks-

wandlung der Arbeiter, für welche die Fabrikordnung bestimmt ist, beginnt schon im § 1. Obgleich die Firma weder eine Fabrik, noch Betriebsanstalt für ihre Arbeiter errichtet hat, verlangt sie dennoch, daß die Arbeiter durch ein Atest des Arztes nachweisen, daß sie von chronischen Leiden und organischen Fehlern frei sind, welche eine baldige Erkränkung wahrscheinlich machen. Mit anderen Worten: „Unser Arbeiter müssen kerngesund sein, denn Leute mit organischen Fehlern befallen, sind nicht leistungsfähig und unser Kapitalprofit wird dadurch ungenügend beeinträchtigt. Nach § 2 muß ein Arbeiter der Ortskrankenkasse als Mitglied beitreten. Darüber hat die Firma eben gar nichts zu bestimmen, denn das Krankensicherungs-Gesetz schreibt nur die Versicherung vor, überläßt es aber jedem Versicherungsnehmer selbst, welcher dem Gesetze genügenden Kasse er als Mitglied angehören will.

Von § 12 an bis § 33 enthält die Fabrikordnung fast nichts weiter als Strafbestimmungen. Wer eine Viertelstunde zu spät kommt, 10 \mathcal{A} Strafe, für jede weitere Viertelstunde 10-30 \mathcal{A} ; wer diesershalb 4 Wochen mit mehr als 2 \mathcal{A} bestraft ist, kann nach Gutachten des Fabrikanten mit höheren Strafen belegt werden. Neben Peissen und Singen ist auch das Barsüßgehen verboten. Wir geben zu, daß das Barsüßgehen in Holzbearbeitungsfabriken gebräuchlich werden kann, aber zum Vergnügen sehen sich die Arbeiter derartigen Gefahren doch sicher nicht aus. Bellericht sind sie aber in Folge der elenden Hungerlöhne gänzlich in der Lage, sich Holz- oder Lederpantoffeln kaufen zu können, und daher wohl das Gehen auf Schusters Knappen. Die Firma wird sich aber anheißig machen, die in der Werkstatt erforderliche Fußbekleidung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Nach § 25 hat es fast den Anschein, als ob die Firma Hiegler & Co. nicht mit zivilisierten Menschen als Arbeitern, sondern mit einer wilden, verwahrlosten Horde aus dem Zustande zu thun hätte. Es heißt dort: „Im Falle leichtsinniger oder absichtlicher Verhätzung der Unfallverhütungs-Vorschriften, sowie leichtsinnigen Verlassens von Feuergefahr, bei beharrlichem Ungehorsam, Unverträglichkeit gegen die Vorgesetzten der Fabrik, Unverträglichkeit mit den Mitarbeiter, böswilligem Verderben von Material und Maschinen kann außer den dafür verhängten Geldstrafen die sofortige Entlassung ausgesprochen werden. Ertrag für böswillig oder leichtsinnig verursachten Schaden wird noch besonders vorbehalten.“

„Arbeiter, die sich innerhalb der Fabrik öffentlicher Verhöhnung der Religion, der guten Sitte, oder großer unsittlicher Handlungen schuldig machen, in betrunknen Zustande betreffen oder der Veruntreuung überführt werden, ernstliche Streitigkeiten veranlassen oder daran teilnehmen, Aufwiegungen der Mitarbeiter verursachen, können ebenfalls sofort entlassen werden.“

Wir müssen offen stehen, derartige Bestimmungen, für zivilisierte Arbeiter berechnet, sind geradezu schimpflich, und wir müssen staunen, daß die Arbeiter derartige Bestimmungen für sich anerkannt haben. Wer wird durch leichtsinnige und absichtliche Verhätzung der Unfallverhütungs-Vorschriften in den Maschinen Arme und Beine abreißen lassen, et va der paar Biennige Unfallrente wegen? Welcher Arbeiter sollte wohl böswillig Maschinen und Material verderben? Wahrlich, die Arbeiter überall gehen mit dem „Eigentum“ ihrer Arbeitgeber immer noch viel vorsichtiger und ökonomischer um, als diese mit Leben, Gesundheit und Erziehung der Arbeiter und deren Familien.

Was hat die Religion, und nun gar noch deren Verhöhnung in der Fabrik zu thun? Sollten die Arbeiter wirklich noch Zeit und Ruhe haben, sich um die Religion während der Arbeitszeit zu kümmern? Es ist doch wohl viel eher anzunehmen, daß sie recht fleißig die Hände zu rühren und ihre Gedanken bei der Arbeit haben müssen, um die „Niesellöhne“ zu verdienen, die zum Leben nicht ausreichen und zum Sterben zu viel sind. Es ist sicher nicht ausgeschlossen, daß in Anbetracht der „schweren Summen“, welche die Arbeiter verdienen, der eine oder andere Arbeiter von dem Wollentkutschheim im Jenseits sich schöne Träume macht und glaubt, daß es ihm dort besser ergehen werde als bei der Firma Hiegler & Co.; aber liegt darin denn schon eine Verhöhnung der Religion? Sich überhaupt um solche fernliegende Dinge zu strecken, haben die Arbeiter wahrhaftig keine Zeit und kein Interesse; sie wissen, daß die Religion für die Armen ist und die Reichen sich verheißelt wenig um die Grundzüge derselben, d. h. um die Nächstenliebe kümmern, sondern nur auf die Ausbeutung ihrer Mitmenschen bedacht sind.

Wie will man da von Arbeitern verlangen, daß sie sich auch noch um Religion kümmern sollen, wo doch die christlichen Grundsätze und Ideale seitens ihrer Arbeitgeber mit Füßen getreten werden!

Von Verhöhnung der guten Sitten und „grober unsittlicher Handlung“ scheidet die Firma Hiegler & Co. Das ist wahrhaftig in erster Linie unsittlich und der guten Sitte in's Gesicht geschlagen, wenn Löhne an die Arbeiter gezahlt werden, von denen nicht das Notwendigste zum Leben beschafft werden kann und Frau und Kinder mitarbeiten müssen, um sich in einem elenden Funderdasein hinzuschleppen. Sorge man doch in erster Linie dafür, daß die Arbeiter ein menschenwürdiges Leben führen können, dann wird von einer sogenannten „Sittensittigkeit“ nicht mehr die Rede sein. Bei Löhnen von 6, und vielleicht noch viel weniger, an weibliche Arbeiterinnen braucht man nicht verwundert zu sein, wenn diese der Prostitution anheimfallen. Wenn also wirklich unsittliche Handlungen in diesem Sinne begangen werden, kommen diese indirekt auf das Saubild der Firma Hiegler & Co. Daß innerhalb der Fabrikräume solche Vorkommen sollten, ist denn doch wohl nicht anzunehmen, und daher eine solche, die Arbeiter und Arbeiterinnen bei verlebende Bestimmung in der Fabrikordnung zum Mindesten absehbare.

Was die Aufwiegungen der Mitarbeiter, welche sofortige Entlassung zur Folge haben soll, anbelangt, so ist diese Bestimmung sehr weitgehend. Wenn darunter verstanden sein soll, daß die Arbeiter etwa gemeinsame Sache machen, wenn es sich um Befreiung von Mißständen in der Fabrik, um die Forderung anständiger Behandlung seitens des Fabrikanten und seiner Bedienten, um die Forderung eines besseren Lohnes und verlässiger Arbeitszeit handelt — nun, das wird selbstverständlich außerhalb der Fabrikräume geschehen, und durch obige Bestimmung nicht verhindert werden können.

Wenn die Firma Hiegler & Co. in § 26 von den in der Fabrik beschäftigten Personen erwartet, daß sie nach besten Kräften zum Wohle der Fabrik und ihrer Einrichtungen beitragen und sich die Erhaltung und Förderung der guten Sitte, sowie des Ehre und des guten Namens derselben angelegen sein lassen

soßen, so wird dieses „Erwarten“ ganz von dem Verhalten der Firma Hiegler & Co. abhängen.

Die Ehre, der gute Name und das Renommé derselben können nicht besser gewahrt werden, als durch Zahlung anständiger Löhne, humane Behandlung und durch das freundschaftlichste Entgegenkommen der Firma den Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber. Viele werden dank leistungsfähiger sein und wirklich mit Lust und Liebe an die Arbeit gehen, und das Unternehmen kann dadurch nur profitieren. Durch Aufwiegung einer Fabrikordnung, die mit den Verhaltens- und Strafvorschriften der verschiedenen „Besserungsanstalten“ verheißelt viele Neugierigkeit hat, wird das freilich nicht möglich sein. Der Firma Hiegler & Co. sollte an ihrem Kollegen, Herrn Feire, Freire (Jalousiefabrikanten in Berlin), ein Beispiel nehmen, und sie würde die Erfahrung machen, daß mit Wohlwollen gegen die Arbeiter mehr zu erreichen ist, als mit der strengsten Fabrikordnung.

Es ist geradezu unerhört, wenn, wie § 29 vorschreibt, Strafen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes verhängt werden können: „Wenn den Vorgesetzten die schuldige Achtung versagt wird.“ Was kann man nicht Alles unter schuldiger Achtung verstehen? Ferner: „Wer Brantwein in der Fabrik trinkt oder bei sich führt.“ Was sollen die Arbeiter aber sonst trinken, verehrte Firma Hiegler & Co.? Um Bier zu kaufen, wird der Lohn sicher nicht ausreichen, aber verlangt die Firma, daß die Arbeiter bei ihrer schweren, intensiven Arbeit gänzlich von alkoholischem Wasser trinken sollen? Wir billigen den Brantweingenuß sicher nicht, halten ihn für durchaus schädlich, vornehmlich die Arbeiter, die an gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen thätig sein müssen, aber was sollen die Arbeiter denn trinken, um den Durst zu löschen und den trockenen Holzstaub hinunterzuschlucken zu können. Sorge man doch dafür, daß die Arbeiter in den Stand gesetzt werden, sich stärkende und weniger reizbare Getränke anzuschaffen, und sie werden dem Brantweingenuß von selbst entsagen.

Die Firma Hiegler & Co. mag einmal den Versuch machen, mit ihren Arbeitern in wohlwollenderer Weise umzugehen, wir haben die Ueberzeugung, daß sie sicher besser dabei fahren wird. Daß die Arbeiter das Schimpfliche der Behandlung empfinden, die ihnen zu Theil wird, mag sie daraus schließen, daß uns von einem derselben ein Exemplar der Fabrikordnung zugesandt wurde mit der Bitte, den Versuch durch eine Kritik zu machen, ob die Firma nicht von dem bisherigen Verfahren gegen die von ihr beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ablassen wolle. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber aufzuheizen, wie man uns des Destoren vorzumerken beliebt, aber wir haben die Pflicht, Letztere auf Mißstände hinzuweisen und den durchaus berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Wir erwarten, daß die Firma sich mit dem in § 34 genannten, von den Arbeitern erwählten Arbeiterausschuß in Verbindung setzen und Abhilfe schaffen wird.

Höhere Beiträge.

Die Zahlstelle Frauenstein stimmte einstimmig gegen dauernd höhere Beiträge. Die Beibehaltung der Streikmarken sei für die Streiklasse vortheilhafter als ein 25 \mathcal{A} -Beitrag, indem die besser bezahlten und auch Nichtmitgliedern herangezogen werden könnten. Eine Herabsetzung der Prozente empfiehlte sich für kleine Zahlstellen nicht.

Zahlstelle Koenheim hat sich für 20 \mathcal{A} ausgesprochen, desgleichen die Zahlstelle Ruhrodt, 3 Mitglieder stimmten für 25, 2 für 15 \mathcal{A} .

In der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Priebus stimmten 7 für 20, 8 für 15 \mathcal{A} Beitrag. Die Zahlstelle Detmold erklärte sich für eine Erhöhung auf 20 \mathcal{A} und wünscht, daß der Lokalprozentanteil auf 30 herabgesetzt wird. Ferner soll in Anbetracht der kurzen Zeit die Urabstimmung sofort vorgenommen werden.

Einstimmig beschlossen die in der Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder der Zahlstelle Wandabell nach einem Vortrage des Kollegen Böcke, die Beiträge auf 20 \mathcal{A} zu erhöhen und den Vorstand aufzufordern, unverzüglich eine Urabstimmung vorzunehmen.

Die Zahlstelle Essen nahm eine Resolution dahingehend an, daß die Erhöhung des Beitrags von 15 auf 25 \mathcal{A} vorläufig zu enorm ist, glaubt aber, daß ein Beitrag von 20 \mathcal{A} von allen Kollegen und in allen Orten geleistet werden kann. Des Weiteren werden alle Zahlstellen ersucht, den Vorstand nochmals aufzufordern, eine Urabstimmung vorzunehmen zu lassen, von der Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages abzusehen, da die Kosten zu hoch sind.

Die Zahlstelle Lemgo beschloß in ihrer Mitgliederversammlung einstimmig, die Beiträge auf 20 resp. 25 \mathcal{A} zu erhöhen. Die Zahlstelle Badnang ist für Erhöhung der Beiträge auf 20 bzw. 10 \mathcal{A} pro Mitglied; dasselbe beschloß auch Braunschweig in einer gut besuchten Mitgliederversammlung; Urabstimmung hat stattgefunden.

Die Mitglieder der Zahlstelle Raxenburg sprachen sich in ihrer Mehrheit für Erhöhung auf 20 \mathcal{A} aus, da sich aber auch recht Viele hiergegen aussprachen, ist auf den Beschluß wenig Werth zu legen.

Die Zahlstelle Neu-Sensenburg beschloß die Erhöhung auf 20 \mathcal{A} .

Die Zahlstelle Augsburg sprach sich gegen die Erhöhung der Beiträge aus, da dieselben der Ausbreitung des Verbandes hindernd im Wege stehen würde. In gleichem Sinne und unter gleichen Motiven beschloß die Zahlstelle Elbing. Man müsse mit den Korbmachern im Allgemeinen und mit denen in Bayern im Besonderen rechnen; während sie jetzt noch so einigermaßen Schritt halten könnten, würden sie aber bei einer Erhöhung des Beitrages vollends zurückbleiben.

Die Zahlstelle Rathenow schließt sich der in Nr. 48 ausgesprochenen Ansicht aus Donauessingen an, will also im Interesse der Heranziehung Indifferenter den Beitrag von 15 \mathcal{A} beizubehalten.

In Finsterwalde stimmten 15 Mitglieder für und 15 gegen die Erhöhung auf 20 \mathcal{A} .

Duisburg lehnte höhere Beiträge ab. In Eslingen stimmten 7 Mitglieder für 15, 22 Mitglieder für 20 \mathcal{A} Beitrag.

Die Zahlstelle Harburg nahm nach einer lebhaften Debatte den Antrag des Kollegen Kühnel an, dahin lautend: 1. Den Hauptvorstand zu ersuchen, baldigt eine Urabstimmung vorzunehmen zu lassen. 2. Den Hauptvorstand zu ersuchen, baldmöglichst die Gründe bekannt zu geben, welche ihn zu dem ab-

lehrenden Beschluß, betreffend die Erhöhung der Beiträge, bewogen haben.“

Die Zahlstelle Frauenberg ist gegen höhere Beiträge. Für sie war die Erhöhung in diesem Quartale ein schwerer Schlag, es sei fraglich, ob sie sich von demselben überhaupt erholen werde. Von den 30 Mitgliedern, welche zur Zeit der Urabstimmung dem Verbands angehört und einstimmig für den Antrag stimmten, sind noch ganze zehn dem Verbands iten geblieben. Darnach sei der Werth der Urabstimmung zu bemessen, auf den Kollege Veipart so großes Gewicht gelegt habe. Nicht eine Meist, sondern eine Mindermeinung würde dies Quartale bringen. Hauptfache sei zunächst, die Indifferenter heranzuziehen, und ihnen nicht den Weg zur Organisation durch höhere Beiträge zu versperren. Die Unterstützung bei Streits müsse gründlich reformiert, überhaupt bei Injanzierung von solchen vorsichtiger vorgegangen werden. Ueber keinen Streit, als ihn wegen Geldmangels beenden. Wir mühten uns eben nach den Umständen richten, da man doch die Mitglieder zur Opferwilligkeit nicht zwingen könne.

Werben ist für 20 \mathcal{A} .

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung der Preßkommission.

Die Frage „Erhöhung der Beiträge“ ist in unserem Fachorgan seit geraumer Zeit durch zahlreiche Berichte aus den Verwaltungsstellen und von einzelnen Mitgliedern ausgiebig erörtert worden; ebenfalls hat der Verbandsvorstand durch seinen bekannt gegebenen Beschluß eine vorläufig ablehnende Stellung zu der Frage eingenommen. Es erscheint mithin wohl angebracht, nunmehr den Raum unseres Blattes für andere Angelegenheiten wieder mehr freizugeben. Die Kommission hat aus diesen Gründen beschlossen, daß alle zu dieser Frage noch weiter eingehenden Berichte — mit Ausnahme solcher, welche neue Gesichtspunkte zur Erörterung bringen — nur in targer Fassung zur Veröffentlichung kommen sollen.

Ferner hat die Kommission beschlossen: Alle Einwendungen in Sachen des Lauterberger Streits gelangen nur dann zum Ausdruck, wenn dieselben in sachlicher Weise und frei von gehässigen persönlichen Angriffen gehalten sind; einer sachlich gehaltenen Kritik steht der Raum des Blattes nach wie vor zur Verfügung.

Im Auftrage der Preßkommission:
D. Jacobs, Vorsitzender, Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Ueber den Lauterberger Streit

bringen wir, entsprechend dem vorstehenden Beschlusse der Preßkommission, die in den einzelnen Versammlungen gefaßten Beschlüsse und Äußerungen zur Kenntniß.

Bemerket sei, daß die Stellungnahme zu dem Lauterberger Streit meistens in Verbindung stand mit der Diskussion über die höheren Beiträge. Wir hatten beabsichtigt, über den Lauterberger Streit nicht mehr zu schreiben, noch sonst eine Aeußerung von anderer Seite zu veröffentlichen, um über dieses dem Verbands so theuer gewordene Samerzengrund und dessen Begründung was wachsen zu lassen. Durch die Anbörungen von verschiedenen Seiten sind wir aber veranlaßt worden, die Ansicht der Preßkommission einzuholen, und diese entschied, daß in gedrängter Kürze unter Ausschließung aller persönlich gehässigen Angriffe auf Mitglieder des Vorstandes, der drei Vertreter desselben usw., von allen Einwendungen Notiz genommen werden solle.

Die Zahlstelle Burg kann die Bellegung des Lauterberger Streits nicht als nutzbringend für die Organisation anerkennen und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß herartige Abmachungen in Zukunft nicht wieder getroffen werden. Die Versammlung erklärt, daß von einem Siege unter diesen Umständen nicht die Rede sein könne, da schon jetzt die Fabrikanten in der Nichtaufnahme der prinzipientreuen Kollegen ein Mittel gefunden haben, die Organisation am Orte zu schwächen und somit auch ihren Bestrebungen zur gänzlichen Beförderung derselben keinen Zwang anlegen werden. Ebenso sind die den Fabrikanten seitens der Vertreter des Verbandes gemachten Zugeständnisse als nutzlos zu bezeichnen, da bei einfacher Beendigung des Streits die Opfer nicht größere gewesen sein würden, als sie jetzt thatsächlich infolge der nicht erwarteten Maßregeln der Fabrikanten sein werden, und andererseits die von den Fabrikanten gegebenen Zusicherungen so lüdenhafter Natur waren, daß die Abfertigung einer Umgehung derselben schon durch die Form angedeutet wurde.

Magdeburg-Neustadt steht auf dem Boden des Artikels: „Der Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt“ in der Magdeb. Volksst. und erkennt die darin entwickelte Ansicht als völlig richtig und der Sache angepaßt an. Die Schuld des traurigen Ausgangs des Streits wird dem Centralvorstand beigemessen. Der letzteren Ansicht ist auch die Zahlstelle Dierode.

Die Zahlstelle Nürnberg ist weber mit der Thätigkeit der Streikkommission, deren Vorsitzender der Genosse Erusth war, noch mit demjenigen des Centralvorstandes einverstanden. Die erstere mußte wissen, daß mit solchen Kämpfern der Sieg nicht mehr zu erkämpfen sei, trotzdem hat sie die deutschen Kollegen Monate lang durch falsche Berichte über die Sachlage in Lauterberg getäuscht. Der Vorstand war zu vertrauenselig. Er hätte sich der Sache, die den deutschen Kollegen nahezu 100 000 kostete, energischer annehmen sollen.

Bunzlau tadelt das Verhalten Erusth's wie der Streikkommission, auch das der ledigen Kollegen; der Vorstand hätte sich früher um den Streit kümmern sollen. Mit den Abmachungen der drei Vertreter ist die Zahlstelle weber dem obwaltenden Umständen einverstanden.

Magdeburg-Wilhelmstadt: Etwas unangenehme Personen des Vorstandes sollen ergaßt, und dem Vorstande Verhaltensmaßregeln bei Streits gegeben werden, „denn wir

haben keine Lust, wie die Vorgänge in Lauterberg beweisen, daß die Gelder auf diese Art und Weise weggeworfen werden.

Einzel nahm folgende Resolution an: Die heutige Versammlung spricht nach genauer Prüfung der Verhältnisse des Lauterberger Aufstandes den drei Vertretern des Verbandes ihre vollste Anerkennung aber die unter derartigen Verhältnissen noch einzig mögliche Beilegung des Streiks aus, erblickt in den kritischen Vorgängen keinen Fehler resp. Nachteil für das weitere Gelingen der Kampfesbewegung, erachtet jedoch die fraglichen Artikel der „Magdb. Volksstimme“ als führende und Broschüren in innere Verbandverhältnisse tragende und beschließt daher, ihre schärfste Missbilligung hiermit kundzugeben.

Die Zahlstelle Kamburg a. S. spricht in ihrer Mitgliederversammlung am 8. November den Vertretern des Hauptvorstandes, den Kollegen Leipzig, Halle und Bismarck, betreffend den Abschluß des Lauterberger Streiks, ihr volles Vertrauen aus, muß jedoch die unrichtige Berichterstattung des Streikkomitees auf das Entschiedenste missbilligen, ebenfalls auch, daß der Hauptvorstand sich nicht rechtzeitig die auf alle Fälle und unterliegt nötige Information verschafft hat, da hierdurch alle weiteren Anliehen hätten verhindert werden können.

Oben: Wenn Jemanden ein Vorwurf trifft, so den Hauptvorstand, er hätte sich über den wahren Stand des Streiks besser informieren sollen und eine geeignete Person zur Leitung des Streiks dorthin senden.

Oben: Der Hauptvorstand hat größeren Streiks mehr Aufmerksamkeit zugumenden, damit Dinge, wie in Lauterberg, nicht wieder passieren; die gleiche Ansicht vertritt Oberursel.

Die Zahlstelle Rottb. kritisiert den Artikel in der „Magdb. Volksstimme“ in scharfer Weise und fordert den Kollegen Erfurt auf, bezüglich der Abmachung der drei Vertreter, seine Ansicht betreffend, eine öffentliche Erklärung abzugeben.

Friedberg ist mit der Handlungsweise der drei vom Vorstand beauftragten Kollegen voll und ganz einverstanden. Das Verhalten der „Magdb. Volksst.“ und „Magdb. Volksst.“ wird scharf getadelt.

Frenzla a: Die Maßnahmen der drei Vertreter wurden unter den Umständen, wie sie in Lauterberg lagen, gutgeheißen.

Charlottenburg: Das Verhalten des Hauptvorstandes während des Lauterberger Streiks ist eine große Missethat, da sonst die Mitglieder, wie sie da eingerissen sind, nicht hätten stehenden können. Bedauert wurde allgemein, daß die wahren Thatsachen nicht in die Öffentlichkeit kämen. Den drei Vertretern des Hauptvorstandes, die den Streik unter den bekanntesten Bedingungen zu Ende geführt haben, wurde öffentlich zugestimmt, da sie unter den Verhältnissen nicht anders handeln konnten.

Die Zahlstelle Rassel spricht ihr Bedauern aus über die theilweise falsche Berichterstattung vom Lauterberger Streik, und spricht ferner ihre größte Entrüstung über die Abmachungen der drei Vertreter des Verbandes mit den Lauterberger Fabrikanten aus.

Die Mitgliederversammlung in Kelzen erklärte sich einstimmig mit dem Verhalten der drei Vertreter des Vorstandes einverstanden.

Hilbesheim ist der Meinung, daß ein gut Theil der Schuld, daß die Mitglieder da so eingerissen seien, der Hauptvorstand wohl oder übel auf sich nehmen müsse. Denn wenn der Streik so lange dauere, so habe der Hauptvorstand die Pflicht, sich eingehender mit der Sache zu beschäftigen. Thatsache sei es, daß, als im Juli Kollege Gabel dort war, bisher keine Kontrolle war und erst auf deren Veranlassung dieselbe dahin gelangt wurde, daß die Streikenden sich täglich Morgens 7 und Nachmittags 2 Uhr melden mußten (?? D. R.). Bei dem Streik in Braunschw. hätte unter Verbandsvorsitzender seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß, wenn bei einem Streik in den ersten 4-5 Wochen nichts erzielt sei, dann überhaupt nicht viel mehr zu erwarten sei. Demzufolge sei es nicht zu verstehen, wie unter Vorsitzender mit einer gründlichen Untersuchung so lange hat warten können.

Hannover ist mit der Leitung des Streiks nicht einverstanden und glaubt, daß, wenn andere Leute an der Spitze der Bewegung gestanden hätten, der Sieg in kurzer Zeit auf Seite der Kollegen gemeldet wäre. Für die Folge empfehle es sich, bei größeren Streiks eine bewährte Kraft während der Dauer des Aufstandes am Orte zu stationieren.

Die Mitgliederversammlung in Homburg am 20. Nov. hat erklärt sich, nach der Berichterstattung über den Lauterberger Streik durch Kollegen Köpfe, mit den getroffenen Abmachungen der drei Vertreter des Vorstandes einverstanden. Dagegen die Zahlstelle Krotz.

Kundschau.

Arbeitersekretariate, wie solche jetzt in Nürnberg, Stuttgart und Mannheim bestehen, sollen auch in Leipzig und Dresden gegründet werden.

Ein neuer Entwurf der Organisation des Handwerks soll, wie verlautet, im Handbroschüre ausgearbeitet werden. Wie die „Post“ erzählt, sollen die Handwerkeranschläge vollständig fortfallen. Die Jungens sollen bestehen bleiben und nur da Zwangsmaßnahmen erriecht werden, wo die Handwerker dies selbst verlangen. Anzuschließen sei ferner nicht, daß sich die Organisation auf die Städte beschränke.

Amte Jänner, wie ich es an der Nase herant; nun hoffentlich werden Ihr doch e. d. noch belüchtigt werden. Aber der Beschäftigungsanweis? Auf den werden Ihr vorläufig verzichten müssen.

Beitrag zur Handindustrie. Wie aus Konzeptschriften verlautet, sollen dem Reichstage in nächster Zeit folgende Vor schläge unterbreitet werden:

- 1. Handwerker sollten nur solche Personen beschäftigt werden, die in unmittelbaren verwandtschaftlichen Verhältnissen zum Familienvorstand gehören.
- 2. Alle Werkstätten, in denen Personen beschäftigt werden, die nicht in unmittelbarer verwandtschaftlicher Beziehung zu dem Besitzer oder Vorsteher derselben stehen, werden den Bestimmungen der §§ 134-139 der Gewerbeordnung unterstellt.
- 3. In allen solchen Anlagen, sowie in allen Fabriken ist zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ein schriftlicher Arbeitsvertrag für die Dauer des Arbeitsverhältnisses zu schließen.
- 4. Beträgen, gegen welche Maßnahmen vorliegen, die sie in wichtiger Beziehung zur Beschäftigung und Beschäftigung der Arbeiterinnen notwendig erscheinen lassen, kann der Beauftragte zu jeder Zeit ansetzen werden.
- 5. In Betrieben oder Werkstätten beschäftigten Arbeiterinnen dürfen

Arbeitsräume, zum Weiterarbeiten und Vollenenden in ihren Wohnungen, nicht nach Hause mitgegeben werden.

Was von dieser Mithheilung zutrifft, mag dahingestellt sein; wünschenswert wäre es sicher, daß recht bald einige Abänderungen in dem schneidenden Ausbeutungssystem, genannt Hausindustrie, vorgenommen würden.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung. Die Wirkungen einer Beschränkung der Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung werden von der bairischen Fabrikinspektion in ihrem Jahresbericht für 1895 an zwei berechneten Beispielen dargestellt. Eine Baumwollerei, die in den letzten Jahren keine Abnahme an den Lohnsätzen vorzunehmen habe, lieferte eine Aufstellung der Jahreserträge von 10 unter normalen Verhältnissen beschäftigten Arbeiterinnen für die Jahre 1889 bis 1894, in welche die Einführung des 11stündentages für Arbeiterinnen (1892) fiel. Darnach verdienten die Arbeiterinnen 1889 M. 7827, 1890 M. 7833, 1891 M. 8133, 1892 M. 7389, 1893 M. 8142 und 1894 M. 8667. Seit Einführung des 11stündentages steigt also der Verdienst bei gleichbleibenden Lohnsätzen auf eine bis dahin noch nie erreichte Höhe. Und aus einer Fabrikerei wurde, wie die Fabrikinspektion berichtet, gerichtlich festgestellt, daß der Unternehmer es einzuräumen wußte, daß bei Herabsetzung der Arbeitszeit von elf auf neun Stunden und trotz „entsprechenden Lohnabzuges“ „gerade so viel produziert wurde, wie früher in elf Stunden“. Daraus läßt sich die Möglichkeit einer weitgehenden Arbeitszeitverkürzung ohne jeglichen Schaden für die Leistungsfähigkeit großer Industrieken nicht bewiesen werden.

Der Innungsverband der Sattler, Tapezierer usw. beschäftigte sich vor Kurzem mit der Abgabe von Verbandslegitimationsbüchern an die Gesellen, und zwar sollen die, welche bei keinem Innungsmeister gelernt haben, dafür M. 4 bezahlen, und zwar soll der Betrag als Prüfungsgeld gelten. Der Verbandsvorsitzende meinte, das Buch an nicht bei Innungsmeistern ausgebildete Gesellen solle „eine Art Anerkennung treuer und ehrlicher Führung sein“. Trotzdem wurde der Antrag, und jedenfalls auf Anregung des Herrn Meyer in Altona, abgelehnt. Er meinte, die Annahme des Antrages „würde nur den Sozialdemokraten Anlaß geben, zu behaupten, daß die Meister sich an den Gesellen bereichern würden. Übrigens wollen diese Gesellen das Legitimationsbuch nicht einmal umsonst“ haben. Meister Meyer hätte sagen sollen, daß sich die Meister an den Gesellen „noch mehr als bisher“ bereichern wollen, dann hätte es wenigstens Sinn gehabt, denn sicher ist doch wohl Herr Meyer, daß die Inhaber großer Möbel- und Dekorationsgeschäfte, Wagenfabrikanten usw., die zumeist „ehrliche Handwerker“ sind, nicht durch eigene ehrbare Arbeit reich wurden, sondern sich doch wohl so ein klein wenig an jedem ihrer Gesellen bereichern haben. Die richtige Logik und Veranschaulichung des Innungsstimmels seitens der Gesellen hat Herr Meyer sehr wohl begriffen, wenn er sagt, daß die Gesellen die Legitimationsbücher nicht einmal umsonst haben wollen; warum nicht? Weil eine solche Legitimation überflüssig ist, denn bekanntlich legen die Innungsmeister nur Wert auf einen guten und billigen Arbeiter, keine „treue und ehrliche Führung“ beim früheren Lehrmeister kommt überhaupt nicht in Betracht, höchstens noch die Zugehörigkeit zu irgend einer Arbeiterorganisation, bei deren Nennung den Herren Meistern immer so „eine Art“ Wäschehaut überläuft.

Schon wieder wird ein wirtschaftlicher Aufschwung konstatiert. Der österreichische Konsum in Leipzig landete an seine Regierung für das vorige Jahr einen Bericht ein, der sich vornehmlich mit den Verhältnissen in Sachsen und Thüringen befaßt. Die allgemeine wirtschaftliche Lage charakterisiert der Berichterstatter mit folgenden Worten: „In allen Hauptzweigen der Industrie und des Handels zeigte sich (1895) wieder eine lebhaftere Unternehmungskraft, in einzelnen Zweigen waren viele Etablissemments das ganze Jahr hindurch bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen, so daß sie die einlaufenden Aufträge kaum zu bewältigen vermochten. Steigende Preise wurden insofern gezeitigt, steigende Gewinne erzielt.“ In diesem Resultat hat sehr viel der Export beigetragen. Aus dem Königreich Sachsen sind im 3. und 4. Quartal 1894 und im 1. und 2. Quartal 1895 für \$ 22 979 642 Waaren nach Nordamerika ausgeführt worden, was eine Steigerung von 61 pBl. gegen das Vorjahr bedeutet. Gehoben hat sich der Export nach Central- und Südamerika, Egypten und Japan. Trotz dieser Thatsachen ist aber nach Meinung des Berichterstatters nicht der Export, sondern der deutsche Inlandkonsum in puncto wirtschaftlichen Aufschwungs in erster Reihe anzuschlaggebend gewesen. Diese „geradezu überraschende Ercheinung“ könne nur aus den „guten“ Wöhnen der Arbeiter und den sehr niedrigen Brotpreisen erklärt werden.

Wir wollten wünschen, der Berichterstatter hätte bezüglich der Hebung des Inlandkonsums Recht; leider ist das Gegenheil der Fall, der Konsum ist nicht gestiegen, weil eben die Löhne nicht gestiegen sind. Trotz der vielen Anstrengungen, die hier und da in Sachsen seitens der Arbeiter gemacht wurden, höhere Löhne zu erringen, sind nur ganz minimale Erfolge zu verzeichnen gewesen, die auch nach „steigenden Gewinnen“ lieb es nicht zu, daß, trotz der steigenden Preise, die Löhne der Arbeiter aufgebessert wurden. Die steigenden Preise für Bedarfsartikel und die niedrigen Löhne führten dazu, daß die Lebenshaltung der Arbeiter ansehnlich besser noch schlechter geworden ist.

Bezüglich der Instrumenten-Industrie konstatiert der Berichterstatter, daß fast sämtliche Fabriken gut beschäftigt waren. Die überreiche Auswahl von Kinderinstrumenten hat sich gegen das Vorjahr verbessert. Fabulien, wo mechanische Musikwerke hergestellt werden, geben bis zu 30 pBl. Dividende. Daß auch die Arbeiter dieser Industrie von dem Aufschwung einen Theil hatten, davon sagt der Berichterstatter nichts — sicher sind diese leer ausgegangen. Wenn sich der Aufschwung der Geschäftslage nach der Höhe der Unternehmensgewinne bemessen läßt, genügt es ja auch; für die Arbeiter ist es genug, wenn die „Brotpreise billiger“ geworden sind, und wenn es auch nicht wahr ist.

Die „verdammt Bedürfnisse“. Nicht die jetzigen Väter sind am besten daran, die sie in ihrer Lebenshaltung der größten Sparsamkeit bestreben, sondern umgekehrt gerade diejenigen, die am besten leben, sich am kräftigsten nähren und dadurch auch in ihrer Leistungsfähigkeit einen höheren Rang einnehmen. Dies ist zwar schon oft ausgesprochen worden, neuerdings weiß es Prof. J. S. Kitti im „Economic Journal“ an

interessanten Beispielen nach. Nach den Statistiken von Muthall ist der jährliche Fleischverbrauch pro Einwohner bei den verschiedenen Nationen wie folgt: Vereinigte Staaten von Nordamerika 120 Pfund, Großbritannien 105, Frankreich 74, Deutschland 64, Spanien 49, Rußland 48, Italien 23 Pfund. In derselben Reihenfolge stehen diese Staaten in Bezug auch auf ihre Leistungsfähigkeit und ihren Wohlstand. In den Vereinigten Staaten nahmen an dem Kampf um die vortheilhafteste Existenz die verschiedensten Rassen Theil; die besiegten sind dort die erfolgreichsten, das sind Engländer und Deutsche. Dann kommen die Italiener, die in ihrer ursprünglichen Heimath ein schlecht-gedächtes, trages, schwächstes Volk sind, aber in Amerika unter dem Einflusse der besseren Ernährung energisch und arbeitam werden, und es an Produktivität den Briten fast gleichthun. Auch die Deutschen in Amerika sind insofern im Aufstande, daß man drüben die Sparsamkeit nicht bei der Einschränkung der Nahrungsbedürfnisse beginnt, bei ihrem betriebamer noch als in Deutschland selbst. Andererseits sind die Italiener, Ungarn, Polinnen und Polen, die ihre Bedürfnislosigkeit auch mit in die neue Welt hinübergenommen haben, diejenigen, die im harten Kampf um's Dasein dort überall zurückbleiben. Sie sparen an Ehen, wo sie können, und bringen es doch zu nichts, lassen sich die Arbeitslöhne herabdrücken und konkurrieren höchstens noch mit den gänzlich bedürfnislosen Chinesenknäulen. Dabei ist es eine alte Erfahrung: je schlechter der Arbeiter sich nährt, desto leichter verfährt er der Trunksucht. Je weniger einreich seine Nahrung ist, desto größer sein Verbrauch an Alkohol, formuliert Prof. Kitti seinen Satz von dem Verhältniß der Ernährung und der Arbeitskraft.

Ein Denkmal soll dem in theologischen und sonstigen Kreisen beliebten Forscher Charles Darwin in seiner Vaterstadt Scarsborough errichtet werden. Die Tragung der gesammten Kosten, ja. M. 24 000, hat die Gartenbau-Gesellschaft von Shropshire übernommen.

Doch eine Geschäftskrise in Sicht? Die „New Yorker Handelszeitung“, deren wir in Nr. 47 erwähnten, schreibt nach der Präsidentenwahl am 7. November über die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten:

Der Bang ist gebrochen. Derselbe elektrische Funke, welcher über das ganze Land hin die Erwählung Mac Kineys veranlaßte, hat das Vertrauen wieder hergestellt und das Räderwerk der Industrie und des Handels in Bewegung gesetzt. Wie mit einem Hauber Schlag ist die Situation umgewandelt worden. Ueberall im Norden, Westen und Süden haben Fabriken ihre Thätigkeit wieder begonnen oder die beschränkte Thätigkeit der letzten Monate erweitert. Tausende von Arbeitern sind ohne weiteres Antworten wieder in Dienst gestellt worden. Tausende von Reisenden, welche von ihren Touren zurückgerufen worden waren, haben ihre Thätigkeit wieder angetreten. Auch sind unmittelbar nach den Wahlen ganz erhebliche Aufträge auf Manufakturwaaren schriftlich entworfen, und es ist dabei bemerkenswerth, daß viele derselben auf bessere Qualitäten lauten. Es ist daher nicht zu bezweifeln, daß eine klare Konsums bereits angestiegen ist, und daß mit wachsender Beschäftigung der Arbeiter der Konsum sich stetig erweitern wird. Für den stärkeren Aufschwung des Handels spricht auch die bereits in Volzug gefonnene und mit jeder Stunde größere Dimensionen annehmende Ueberleitung des bisher abgesperrten, roth liegenden Kapitals in die Kanäle der Industrie und des Handels und das Verschwinden des Goldagios. Aufträge auf europäische Waaren werden zweifelsohne in größerem Maßstabe erteilt werden, theilweise auch aus Furcht, daß in kürzerer oder längerer Frist eine Revision der Zollgesetze stattfinden wird mit höheren Eingangsabgaben, so wohl auf Rohstoffe wie auf Fabrikate, besonders angeht die Umstände, daß von mancher Seite noch während der Administration Cleveland's auf Abänderung des Zollgesetzes gedrungen werden wird. Eine klare Majorität von Hochwürden ist freilich in dem jetzigen, am 4. März des nächsten Jahres schließenden Kongress nicht vorhanden, doch liegt die Möglichkeit vor, daß eine Kombination heterogener Elemente in beiden Häusern des Kongresses zum Zwecke einer baldigen Revision erzielt wird.

Dann wird die Freude für die deutschen Fabrikanten und Alle, welche hier auf einen günstigen Aufschwung der geschäftlichen Thätigkeit insofern der Wahl rechneten, nicht von langer Dauer sein. Das wird natürlich auch die Arbeiterverhältnisse dementsprechend ungünstig beeinflussen. Mögen die Arbeiter auf der Hut sein und sich organisiren, um dann die schwersten Schläge der Krisis von sich abwenden zu können.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Angsbürg. Erquicklicherweise regt sich auch in Angsbürg wieder das Interesse der Kollegen am Verband, indem wir in letzter Zeit mehrere besonders gut besuchte Mitgliederversammlungen zu verzeichnen hatten. Insofern konnten wir uns die Aufgabe stellen, die „Arbeitszeit“, die hier noch eine sehr unregelmäßige ist, einigermaßen zu regeln, wozu uns von Seiten des Ortvereins der Sekretär und verwandten Berufsangehörigen (Herr Dunder) die weitgehende Unterstützung zugehört wurde. Wir hoffen, daß wir uns nicht getäuscht haben.

Falschburg. Die hiesige Zahlstelle diskutierte über die Erhöhung der Beiträge und lehnte einen gestellten Antrag, die Beiträge auf 20 % zu erhöhen, ab. Folgender Antrag fand Annahme: „Bei Streiksuchen muß durch den Hauptvorstand eine umliegende Zahlstelle veranlaßt werden, eine Kommission zu ernennen, welche die Verhältnisse an dem betreffenden Orte zu untersuchen und das Material dem Hauptvorstand einzusenden hat. Dieses Material ist sämtlichen Zahlstellen nebst Gesuchen mindestens vier Wochen vor der Kundgebungskrise zuzuschicken und haben die Mitglieder hierüber abzustimmen.“ Die hiesige Zahlstelle ging von dem Gedanken aus, daß dadurch den Streiks, welche von vornherein keine Aussicht auf Erfolg haben, oftmals würde die Genehmigung gegeben werden, wenn die einzelnen Zahlstellen durch das gesammelte Material genügend informiert wären. Bei dem jetzigen Modus, wo nur die Verwaltungen über den Streik bestimmen, aber in den meisten Fällen nicht

genügend informiert sind, würde einem Streikgesuch die Sanktion gegeben, wo es besser wäre, dieselbe zu verweigern.

Höchst a. W. In der am Sonnabend, den 21. November, stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Betters aus Frankfurt einen Vortrag über „Unternehmertum und Arbeiterschutzes“, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Kollege Altmann erwiderte ihm auf seine Frage, warum sich die älteren Kollegen so zurückgezogen hätten, daß die Interessentlosigkeit größtentheils durch den verloren gegangenen Reichthum Streik hervorgerufen worden wäre, welcher bekanntlich vom Hauptvorstand abgelehnt wurde. Zum zweiten Punkt: „Stellungnahme zur Lohnbewegung der Drechsler“, führte Kollege Krauß aus: Die Lage der Drechsler wäre eine tief traurige, daß sie unbedingt verdienen, einmal an die Öffentlichkeit zu kommen; so sind hier zwei Werkstätten, wo es noch Kost und Logis giebt. Bei Herrn Haupt wird bei 11/2ständiger Arbeitszeit ein Wochenlohn von M. 3-7 bezahlt und für diesen Schundlohn kann nie genug gearbeitet werden; als Logis bekommen diese Arbeiter ein „Zimmer“ von 11,47 oder Luftinhalt angewiesen, und müssen je zwei in einem Bett schlafen, so daß sich das Gewerkschaftsstatut veranlaßt sah, sich an die Behörde zu wenden, um mit Hilfe derselben die Uebelstände abzuwehren. Ueberstunden sind an der Tagesordnung, natürlich ohne Bezahlung; so kam es schon vor, daß dieselben arbeiten mußten von 4-9 oder von 5-12 Uhr für Tage und Nächte eine Flasche Bier für 9 S. Die zweite Werkstätte, wo es noch Kost und Logis giebt, ist die des Herrn Schöne, welcher gegenwärtig nur einen Arbeiter beschäftigt und denselben mit M. 8 pro Woche abbeißt. Bei Herrn Wed, wo noch auf Zeitlohn gearbeitet wird, die Lohnverhältnisse aber auch sehr ungünstig stehen, beträgt der Durchschnittslohn M. 17,33. Bei Herrn Heil, wo die Lohnverhältnisse etwas besser stehen, beträgt der Durchschnittslohn M. 19,30, was jedenfalls darauf zurückzuführen ist, daß den ganzen Sommer 11 Stunden gearbeitet wurde, jedoch sind auch Kollegen dort, welche bei dieser Arbeitszeit, wo bloß im Afford gearbeitet wird, nicht mehr wie M. 16 verdienen; ferner besteht auch noch die vorläufigliche Einrichtung, daß zwei Tage einbezogen werden. Die Kollegen bei Herrn Schäfer, welche bis Frühjahr im Lohn standen, wurden von dem Geschäftsführer, unserem früheren Kollegen Müller, darauf aufmerksam gemacht, daß sie jetzt im Afford arbeiten müßten und bot ihnen (obwohl Herr Müller vor einigen Jahren eingesehen hat, daß er einen Bettfuß nicht machen kann für 12 S und mit in den Lehmann'schen Streik eintrat) 11 S für einen Bettfuß. Auf die Vorlesung der Kollegen wurde ihnen einfach gesagt: „Wenn es nicht paßt, kann gehen.“ Der Durchschnittslohn beträgt M. 17,56. Die Kollegen in der Werkstätte von Herrn Kreußel sind theilweise die am schlechtesten gehaltenen Affordarbeiter, indem dieselben nicht trocken Holz zur Verarbeitung bekommen, so daß dieselben noch zwei Tagen einen halben Tag auszusitzen haben, sodann wird ihnen daselbe so knapp zugechnitten, daß sie bald die ganzen Rindhäute aufbrechen müssen. Redner geißelte das Verhalten dieser Kollegen mit scharfen Worten, daß dieselben es trotz wiederholter Einladungen noch nicht für nöthig gefunden haben, in einer Versammlung zu erscheinen, daß sie einfach sagen: „Es nützt nichts!“ Ja, wenn Jeder so sagt, dann nützt es freilich nichts; ja, es habe ihm sogar ein dort beschäftigter Kollege, früheres Vorstandsmittglied, erwidert: Wir sollten einmal loschlagen, wenn wir dann was erreichen, dann würden sie ihre Forderungen auch stellen; und das wollte früher ein zielbewußter Kollege sein! Man sollte wieder meinen, was dieselben verdienen, aber sage und schreie M. 16,40 im Durchschnitt. Der Durchschnittslohn der Lohnarbeiter beträgt M. 16,71, der Affordarbeiter M. 18,15, der gesamte Durchschnittslohn M. 17,56. Von den in Frage kommenden Kollegen sind hier beschäftigt 20, von denen bis jetzt 10 organisiert sind. Unter diesen 20 Kollegen befinden sich 7 Verlethene mit zusammen 12 Rednern. Nächst man nun den niedrigsten Satz für Miete (2 Zimmer und Küche) M. 16, so bleiben, nach dem Durchschnittsverdienst der Affordarbeiter, gerechnet, pro Kopf und Tag für Nahrung, Kleidung und Heizung 55 1/2 S. Redner verlas sodann die von der Kommission gestellten Forderungen, welche eine lebhafteste Debatte hervorriefen. Kollege Betters wendete sich gegen einige Punkte, indem dieselben selbstverständlich wären, die man nicht erst zu fordern brauche. Auf seine Bemerkung, daß ein Arbeiter in Frankfurt unbedingt M. 30 pro Woche braucht, erwiderte Kollege Altmann, daß dasselbe in Höchst auch der Fall wäre, indem hier die Lebensmittelpreise so hoch ständen wie in Frankfurt, ja das Fleisch und Gemüse noch theurer wären als dort. Ferner glaubte er, daß es auch Zeit wäre, daß die Höchster Schreiner an eine Verkürzung der Arbeitszeit denken würden. Da die Zeit schon zu weit vorgeschritten war, mußte die Fortsetzung auf die nächste Versammlung vertagt werden, wo wir auch auf die Verhältnisse der Schreiner näher eingehen und an dieser Stelle berichten werden. Wiege jeder Kollege am Plage sein.

Merseburg. Die Verhältnisse am hiesigen Orte sind nicht die vorzüglichsten. Wenn auch konstant werden kann, daß der Versammlungsbefuch immer noch ein leidlicher ist, so muß doch auch zugegeben werden, daß der richtige Geist in denselben nicht vorherrscht. Auch bekommt man fast immer nur dieselben Gesichter zu sehen und scheint ein Theil der hiesigen Mitglieder es nicht der Mühe werth zu halten, in erster Debatte über Besserstellung seiner Lage zu berathen. Eine Versammlung anzuwenden zu gestalten, müssen die Mitglieder nicht a ein dem Vorstand überlassen, nein, jedes Mitglied ist verpflichtet, für seinen Theil durch anregende Fragen und sonstigen Wissensaustausch dazu beizutragen. Der eifrige Besuch der Versammlung ist unumwunden nöthig, als zur Abhaltung öffentlicher Verhandlungen leider kein Saal zur Verfügung steht, wie der letzte Versuch nach dieser Seite ja so deutlich gezeigt hat. Der Saal war ausgelastet, der Redner bestellt, Annoncen eingerückt, Handzettel gedruckt und zur Vertheilung gelangt, und in letzter Stunde zieht der Wirth seine Fuhre zurück und verweigert den Saal unter dem nichtigen Vorwande, die Versammlung könnte einen politischen Charakter annehmen. Kollegen, das muß uns ein Aniporn sein, desto mehr unsere Verbandsversammlungen zu besuchen und dieselben anregend und angenehm zugleich zu gestalten, und muß ein jeder Einzelne seine ganzen Kräfte einsetzen, die uns noch fernstehenden heranzuziehen. Der Vorstand wird bemüht sein, durch Einrichten von Vortragsabenden die Versammlungen dieses Winters so anziehend wie möglich zu gestalten, theue auch jeder Einzelne seine Schuldigkeit, mache es sich zur Ehrenpflicht, keine, aber auch gar keine Versammlung zu veräumen. Sind uns die großen Agitationsmittel verjagt, nun, auch mit den kleinen sind Erfolge zu erzielen. Was mit solchen

Wirth zu geschehen hat, das wird wohl jeder Kollege selbst am besten wissen und braucht wohl nicht besonders darauf hingewiesen zu werden. Nur thätig an's Werk. Durch Kampf zum Sieg.

Raumburg, diese vornehme stille Stadt mit ihrer herrlichen Umgebung, bietet dem aufmerksamen Beobachter überreichlich Gelegenheit, Betrachtungen anzustellen über die hier bestehenden Verhältnisse der Arbeiter und über den vom produktiven Volke erzeugten Mehrerwerb. In den geräumigen, schönen Wohnungen und in den prächtigen Villen wohnen die pensionirten Beamten und Militärs und sonstigen Leute, die es „Gott sei Dank“ ausführen können — von diesen Gruppen giebt es hier nämlich eine ganze Menge —; sie bilden mit dem größten Selbstbewußtsein, wenn nicht mit Beringschätzung, auf diejenigen, die von früh bis spät in staubgeschwängerten Arbeitsräumen sich plagen müssen, nicht nur für ihre oft recht kümmerliche Existenz, die wegen der langen Arbeitszeit nicht Ruhe haben, in unserer an Reizurschönheiten so reichen Gegend sich erfreuen zu können, die wegen des geringen Verdienstes in den primitivsten „Wohnungen“ ihr „gottgewolltes“ Dasein zu fristen gezwungen sind, sondern auch erst durch ihre Arbeit dazu beitragen müssen, daß jene ein Leben führen können, gegen welches die Lebensbedingungen der Arbeiter als beschämend traurig, eines Kulturstaates unwürdig zu bezeichnen sind. Man sollte meinen, derartige, ebenso bestimmt klare wie abschredend scharfe Gegenätze, wie sie hier bestehen, sollten ein Agitiren unter den Arbeitern, für Verbesserung ihrer nicht zu beneidenden Lage gemeinam einzutreten, gänzlich überflüssig machen, denn ein Jeder, der nicht alzu denkkräftig ist, muß doch wissen, was er seiner Familie, seiner Klasse und sich selbst schuldet: nämlich einzutreten in seine Organisation zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Diese Erkenntniß bricht sich hier auch glücklicherweise mehr und mehr Bahn, und in unserer Zahlstelle ist in diesem Jahre ein erfreulicher Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen; es ist aber auch wahrlich nicht zu verwundern, denn die Verhältnisse reden hier eine zu deutliche Sprache. Wir haben hier eine blühende Kammmaschinenfabrik, die Verhältnisse der Arbeiter sind freilich als blühende nicht zu bezeichnen! Beweis: In diesem Jahre erklärten sich selbst die Firch-Dunder'schen Gewerksvereiner bereit, da sie unsere Ausführungen in unseren Versammlungen nicht widerlegen konnten, gemeinsam mit uns gegen die Uebelstände in den Kammmaschinenfabriken zu kämpfen; dieses dürfte wohl genügen. — Doch da die Harmonie zwischen den — Kapitalisten auch hier so schön besteht, so zogen die Herren Gewerksvereiner es vor, vielleicht aus Furcht, ihr harmonisch geschmeidiges Rückgrat einbüßen zu müssen, hübsch fern von uns zu bleiben. Nun, so bedauerlich es ist, daß die Arbeiter noch verschiedene Wege gehen, wir werden müthig weiterstreiten, haben wir doch unter unseren Kollegen einen guten Stamm, eine weiserhorte, sturmgeprüfte Garde, welche mit Interesse am Verbands hängt, alle auch außerhalb Raumburgs sich ereignenden Vorkommnisse aufmerksam verfolgt. So wurde in unserer vorletzten Mitgliederversammlung, betreffend den Abschluß des Lauterberger Streiks, eine Resolution gefaßt. (Dieselbe befindet sich an anderer Stelle. D. Red.) Hoffentlich gelingt es uns bald, auch die noch dem Verbands fernstehenden für uns zu erobern, damit wir auch hierorts die Sklavensketten lockern können, denn: „Bereint sind auch die Schwachen mächtig!“

Neu-Isenburg. In der letzten Mitgliederversammlung stand auf der Tagesordnung: „Die höheren Beiträge“. Außerdem referirte Kollege Galm aus Seilgenstadt über Allgemeine in unserer Gewerkschaft. Der Referent schilderte die Verhältnisse während des letzten Streiks am Orte; er hob hervor, daß nur die Einkleiter der hiesigen Kollegen es ermöglicht hätte, den Unternehmern etwas abzurufen, und dieser Sieg wäre auch ein vollständiger, wenn die finanzielle Lage des Verbandes eine bessere sei. Deshalb sei es schon unbedingt nöthig, daß man einen höheren Beitrag bezahle, damit die Streiks erfolgreicher geführt werden könnten. Redner kam auch auf die Auswertung des Kollegen Winkler bei Schneider und Hanau zu sprechen. Er sagte, das Verhalten der mit ihm beschäftigten Kollegen sei im Anfang sehr korrekt gewesen, jedoch hätten sie politisch unklug gehandelt, denn den Ausgang dieses Streiks hätte man voraussehen können, zudem arbeiteten sehr schon wieder 18 dieser Kollegen dort, wo Herr Hanau selbst gelagert habe: „Ich kann nicht anders und Ihr könnt auch nicht anders, vor Euch habe ich Respekt, wer aber bei mir noch einmal um Arbeit nachfragt, der ist ein Schuft“. Außerdem rügte Kollege Galm die Vereinbarung, welche getroffen wurde bei dem Lauterberger Streik; er nannte dies einen Verrath an unserer Sache, denn dieser Vergleich sei eine Schmach für jeden Kollegen; er schilderte die Vorgänge noch ausführlicher, wie dieselben früher in Lauterberg waren. An der Debatte theilnehmten sich mehrere Kollegen; hauptsächlich war es der Lauterberger Streik, über welchen die Kollegen sprachen. Dieselben äußerten sich, daß die Vereinbarung, welche getroffen wurde zwischen den drei Vertretern des Verbandes und den Fabrikanten, direkt kein Sieg zu nennen ist, aber ebensowenig könnte man es einen Verrath an unserer Sache nennen, denn die Vertreter hätten doch gewiß die beste Absicht gehabt, so viel wie möglich für unseren Verband zu erringen. Wenn dies nicht möglich war, so lag es an den dortigen Verhältnissen. Der Hauptvorstand hätte die Verhältnisse ja vielleicht früher unterzuchen können, dann wären vielleicht keine M. 85 000 ausgegeben worden. Wie die Sache aber zuletzt lag bei dieser Klasse von Streikbrechern, war gewiß nichts Anderes zu erwarten, und könne man es als einen Verrath nicht anken. Ueber höhere Beiträge sprachen fast sämmtliche Kollegen dafür, sie führten die Nothwendigkeit an, denn wir hätten es doch selbst erfahren bei unserem Streik, daß der Verband den Anforderungen, die gestellt würden, nicht nachkommen konnte, und wurde demgemäß ein Antrag angenommen, wonach der Beitrag auf 20 S gesetzt werden soll.

Sorau. Im August laufenden Jahres wurde am hiesigen Orte eine Zahlstelle gegründet. Leider kam dieselbe infolge Abreise des Bevollmächtigten und Vernachlässigung seines Nachfolgers nicht recht zum Bedeihen. Es schickten sich Unregelmäßigkeiten ein, und sah sich der Hauptvorstand auf Veranlassung einiger Kollegen gezwungen, Jemanden zu beauftragen, um die Verhältnisse in Sorau zu revidiren. Der betreffende Kollege von Cottbus fand Alles in größter Unordnung und nahm mit verschiedenen Kollegen Rücksprache, wobei beschlossen wurde, eine öffentliche Versammlung einzuberufen und die Zahlstelle von Neuem zu gründen. Dem dazu beauftragten Kollegen in Sorau wurde aber nun von seinen älteren Kollegen so lange zugelegt, daß er es schließlich aufgab, die Versammlung anzumelden und einzuberufen. Es blieb nun weiter nichts übrig, als den Referenten abzubeurlauben und die Sache so verlaufen zu lassen. So weit hätten es nun die Kollegen in Sorau gebracht, trotzdem

die doch wirklich alle Ursache hätten, einmal gründlich über ihre Lage nachzudenken, denn bei M. 11-12 Durchschnittsverdienst bei 63-66ständiger Arbeitszeit müßte ihnen doch wohl endlich ein Licht aufgehen. Wir rufen nun den Sorauer Kollegen zu: Erwacht aus Eurer Indifferentismus, schließt Euch dem kleinen Häuflein, Euren dortigen organisirten Kollegen an, und Ihr werdet es niemals bereuen, Euch endlich ermannen zu haben, denn bereitget ist Ihr gleich Ruß, nur vereint könnt Ihr Eure traurige Lage verbessern. Den wenigen Kollegen, die beim Verbands sind, rufen wir zu: Seid unermüdblich thätig und sucht immer neue Streiter für Euer Recht heranzuziehen, dann wird es auch in dieser dunklen Erde einmal Licht werden!

Stuttgart. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde auch in längerer Debatte über die Beibehaltung der 25 S Beiträge oder Einführung eines Rindigen wöchentlichen Beitrages von 20 S, gegen einen solchen bisherigen von 15 S, beraten. Interessant war die Debatte dadurch, daß die Mitglieder des Hauptvorstandes fast vollständig in der Versammlung anwesend waren und sich zum Theil lebhaft an derselben theilnahmen. Gegen jede Erhöhung des Beitrages sprachen die Kollegen Daniel, Weber, Frech, Knöle, Böninger und Waidm. Die angeführten Gründe waren dieselben, die die Gegner einer Erhöhung in der Presse schon genügend aufmarschieren ließen und darin gipfelten, daß bei einem höheren Beitrag eine große Klasse der Kollegen, durch ihre schlecht gestellte Lage nicht mehr im Stande wären, denselben aufzubringen und dem Verbands den Rücken kehren würden auch eine Agitation und Anwerbung neuer Mitglieder sehr erschwert wäre, wodurch der Schaden für den Verband ein bedeutend größerer als die gewünschte Stärkung der Verbandskasse sei. Kollege Daniel glaubte, daß durch freiwillige Sammlungen, besonders durch Sammellisten, weitläufig mehr eingebracht werden könne, als durch eine Beitragserhöhung. Er blieb jedoch mit dieser Ansicht allein; ja ein Theil der übrigen Gegner der Beitragserhöhung sprach offen aus, daß die Kollegen, insbesondere die noch etwas besser Gestellten, eben nicht gewillt wären, mehr für die Organisation zu bezahlen, oder auch nur im Jahre einmal 20 S auf eine Sammelliste zu zahlen, um sich dann auch als Klassenbewußte Arbeiter brüsten zu können. Von zwei Rednern, welche bei der Firma Gebr. Weber beschäftigt sind, wurde ausgeführt, daß die dortigen Kollegen, welche man doch auch zu den „noch etwas besser Gestellten“ rechnen, erklärt hätten, daß, wenn vom 1. Januar ab nicht wieder der 15 S Beitrag eingeführt würde, sie aus dem Verbands austreten. (Das würde aber auf die im vergangenen Frühjahr einmüthig bewiesene Solidarität bei Entlassung eines Kollegen in dieser Fabrik kein gutes Licht werfen. Der Schriftführer Harder.) Für die Nothwendigkeit der Erhöhung des Beitrages auf 20 S sprachen besonders die Kollegen Huthart, Brauninger, Essig, Müller und Klotz. Das letzte Jahr habe bewiesen, daß die Einnahmen des Verbandes den gestellten Anforderungen nicht entsprechen; selbst wenn der Schmölzer und Lauterberger Streik nicht diese Opfer gekostet hätten, wäre es fraglich gewesen, ob allen nachgekauften Unterstüßungen bei Streiks hätte Rechnung getragen werden können. Es sei bedauerlich, daß man genöthigt sei, nach Orten, wo Streikgesuche vorliegen und sicherste Aussicht auf Erfolg vorhanden sei, berichten müßte, daß an eine Unterstüßung bei etwaiger Arbeitseinstellung infolge Leere der Verbandskasse nicht zu hoffen wäre. Aber auch die vorhandenen, schon ausgebrochenen Streiks wären viel hartnäckiger, kosten viel mehr Opfer, wenn so während der Ringelbeutel geschwungen, immer in der Presse an die Opferwilligkeit der Kollegen appellirt werden müßte und dadurch die Fabrikanten händig, leidet viel besser von dem Stand unserer Klassen Kenntniß hätten, als unsere Mitglieder selbst. Was durch freiwillige Beiträge eingebr., habe sich längst bewiesen, daß es sehr gering sei und viel zu wünschen übrig lasse. Eine Erhöhung des Beitrages auf nur 20 S würde aber zum Mindesten eine jährliche Mehreinnahme von M. 90 000 bis M. 100 000 ergeben, mit welchen dann auch etwas auszurichten sei. Selbst wenn auch einige Tausend Mitglieder „sahnenflüchtig“ würden, welche übrigens bei kurz oder lang, auf jede günstige Gelegenheit warten, um aus irgend einem Grunde dem Verbands doch fernbleiben zu können. Es sei aber vielmehr voranzusehen, daß, wie bei allen anderen Organisationen, und aus eigener Erfahrung bei Erhöhung des Beitrages von 10 auf 15 S sich die Mitgliederzahl hart erniedrigen erhöhen würde. Denn sobald der Verband in die Lage gestellt sei, den verlangten Anforderungen Rechnung zu tragen an Orten, wo eine Besserung der Verhältnisse möglich ist, zu erreichen man auch im Grunde ist, durch Unterstüßung hilfsreiche Hand zu leisten, werden die Kollegen dem Verbands nicht nur zugeführt, sondern auch erhalten. Was nützt uns eine große Armee von Verbandsmitgliedern, wenn aber kein Pulver zum Losschießen, d. h. keine Mittel zur Unterstüßung von Lohnbewegungen vorhanden sind. Nicht durch niedrige Beiträge sind deshalb die Mitglieder zu erhalten, sondern nur dadurch, daß sie ein Rückgrat und eine Stütze an der Organisation haben, welche aber nur vorhanden sein kann, wenn dieser die Mittel dazu zugeführt werden. Jeder Kollege, der bisher 15 S Beitrag abgebracht, sei auch in der Lage, 20 S bezahlen zu können. Es sei doch besser, wöchentlich 5 S mehr zu bezahlen, als täglich 30-50 S sich am Lohn vom Fabrikanten abzuziehen zu lassen. Daß 20 S jeder Kollege leisten kann, bewiese, daß gerade die verhältnismäßig schlechter gestellten Arbeiter für eine Beitragserhöhung sind, während besonders diejenigen, welche dem Verbands untreu zu werden in Aussicht stellen, meistens unter diesen zu suchen sind, welche wohl von abends M. 2 bis 8 in irgend einer Kneipe zum Berspielern übrig haben, nicht aber 20 S, um in die Versammlungen zu kommen und ihren Beitrag zu entrichten. Während dieser so sich gehaltenen Debatte brachte Kollege Harder eine Resolution dahingehend ein, daß die Versammlung gegen einen Rindigen Beitrag von 25 S wäre, dagegen einen solchen von 20 S für nothwendig erachte, welche aber gegen 48 Stimmen abgelehnt wurde. Eine solche von den Kollegen Reim und Waldmann, welche sich für die Beibehaltung der 15 S aussprach, wurde mit 66 Stimmen angenommen. Ein gestellter Antrag, den Verbandsvorstand zu ersuchen, durch Urabstimmung eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit baldigst herbeizuführen, soll in nächster Versammlung verhandelt werden, und dürfte sich selbige durch das ablehnende Verhalten des Vorstandes einer solchen gegenüber ebenfalls zu einer interessanten gehalten.

Konferenz der Zahlstellen in Baden und Elsaß.

Am 15. November traten die Delegierten der Zahlstellen Baden, Durlach, Donaueschingen, Freiburg, Furtwangen, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Lahr, Mannheim, Offenburg, Pforzheim, Straßburg, St. Ludwig, Widingen und Wörtenbach zu einer Konferenz in Offenburg zusammen.

Im Sommer 1895 war eine größere Agitationsstour geplant, es wurde aber verschiedener Umstände wegen davon Abstand genommen und hauptsächlich kleinere Touren arrangiert.

Im Juni 1895 wurde in der 'Holzarbeiter-Zeitung' ein kurzer Geschäfts- und Kassenbericht veröffentlicht. Im April gab das Comité auf Verlangen dem Hauptverband seinen Bericht.

Neu gegründet sind seit der letzten Konferenz die Zahlstellen: Schwyzlingen, Eberbach, Offenburg, Widingen, Donaueschingen, Wörtenbach, Emmendingen, Lahr, Wörtenbach und Furtwangen.

Die Einnahmen betragen M. 541,35, die Ausgaben betragen M. 408,24, bleibt Kassenbestand M. 133,11; doch sind einzelne Zahlstellen ganz bedeutende Beiträge rückständig.

Der Vorstand der einzelnen Redner entgegen und entschuldigt sich, da die Mannheimer durch ihre diesjährige Lohnbewegung zu sehr in Anspruch genommen waren.

Ein Antrag, den Geschäftsbericht anzunehmen, wird mit allen Stimmen angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung gab Kollege Kuttel-Forsyth den Bericht der Rechnungsprüfungskommission.

Es dann wird zum Punkt 'Anträge' übergegangen. Es waren im Ganzen 17 Anträge eingelaufen.

Antrag 1, 2, 3, 15 sind gestellt behufs Abhaltung der nächsten Konferenz. Darüber entspannt sich eine längere Debatte.

Antrag 4, 5, und 16 sind gestellt auf Verlegung des Vortrags. Auch hier werden verschiedene Ansichten laut und will der Eine von Karlsruhe, der Andere von Freiburg die Agitation am besten betreiben wissen.

Als nächster Konferenzort wird Offenburg wieder bestimmt. Der Antrag der Zahlstelle Konstanz: 'Die Kosten der Konferenz sollen von den Zahlstellen prozentual ihrer Mitgliederzahl nach getragen werden', wird abgelehnt.

Die Anträge 10 und 11 lauten dahin: 'Das Agitationscomité soll vierteljährlich die veranlagten Beiträge und halbjährlich einen Bericht in der 'Holzarbeiter-Zeitung' veröffentlichen.'

Ein Antrag, bei der Agitation die Schwarzwälder Uferniederung mehr zu berücksichtigen, wird, nachdem konstatirt wurde, daß dies sehr schwierig sei, zurückgezogen.

Nach Erledigung der Anträge gab Kaiser-Mannheim Bericht über die Angelegenheit Serger und Genossen contra Böhrnbach.

Die Anträge 10 und 11 lauten dahin: 'Das Agitationscomité soll vierteljährlich die veranlagten Beiträge und halbjährlich einen Bericht in der 'Holzarbeiter-Zeitung' veröffentlichen.'

Ein Antrag, bei der Agitation die Schwarzwälder Uferniederung mehr zu berücksichtigen, wird, nachdem konstatirt wurde, daß dies sehr schwierig sei, zurückgezogen.

Nach Erledigung der Anträge gab Kaiser-Mannheim Bericht über die Angelegenheit Serger und Genossen contra Böhrnbach.

Ein Antrag, bei der Agitation die Schwarzwälder Uferniederung mehr zu berücksichtigen, wird, nachdem konstatirt wurde, daß dies sehr schwierig sei, zurückgezogen.

Nach Erledigung der Anträge gab Kaiser-Mannheim Bericht über die Angelegenheit Serger und Genossen contra Böhrnbach.

Freund der hohen Beiträge sein, aber auch solcher Betrag selbst. Diese Angelegenheit wurde ebenfalls, als nicht hierher gehörend, beseitigt.

Der Vorsitzende wies nun auf die heutige Konferenz hin, die als befristet verlaufen bezeichnet werden muß, da Jeder sich bemüht war, für das Ganze zu arbeiten.

Agitationskommission der Provinz Brandenburg.

Abrechnung vom dritten Quartal. Einnahmen: Kassenbestand M. 47,18. Von den Zahlstellen wurden eingekandt: Oranienburg (2. Quart.) M. 5, Guben (1. und 2. Quart.) M. 7,75, Prenzlau (1. und 2. Quart.) M. 8,67, Nitzdorf (2. Quart.) M. 7,75, Schwiebus (2. Quart.) M. 2,94, Charlottenburg (3. Quart.) M. 16, Frankfurt a. O. (3. Quart.) M. 1,85, Potsdam (3. Quart.) M. 10, Ludenwalde (3. Quart.) M. 6,40. Summa M. 108,54.

Da einzelne Zahlstellen bei Einlösung der Gelder immer noch nicht dem Beschluß der Konferenz nachkommen, sehen wir uns veranlaßt, an dieser Stelle noch einmal darauf hinzuweisen, daß 6 Prozent von den 33, welche von den Einnahmen der gesamten Mitgliederbeiträge für die Lokalkasse zurückgehalten werden, an die Kommission abzuführen sind.

Agitationsstouren wurden in diesem Quartal nicht unternommen, da bei den Zahlstellen kein Bedürfnis vorlag.

Die Agitationskommission. J. A.: G. Kassa.

An die Zahlstellen der Provinz Hannover!

Da in der nächsten Zeit die Abrechnung für das letzte Halbjahr veröffentlicht werden soll, ersuchen wir die sämmtlichen Zahlstellen, ihre Gelder baldigst einzusenden.

Die Agitationskommission für die Prov. Hannover. J. A.: Gustav Weder, Marktstr. 17, 2. Et.

Agitationsbezirk Sachsen-Anhalt-Braunschweig.

Die Abstimmung für Abhalten der diesjährigen Konferenz ergab die große Majorität, indem sich nur vier Zahlstellen dagegen ausgesprochen haben.

Der Bericht der Kollegen! Infolge zu spätem Einlaufens der Nachrichten sehe ich mich genöthigt, die Konferenz acht Tage später, also zum 13. Dezember, nach Magdeburg, Vormittags 11 Uhr, einzuberufen.

Die diesjährige Konferenz der Holzarbeiter oben angegebenen Bezirke berufen wir hiermit auf Sonntag, den 27. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, in das Lokal des Wirths Ströter zu Jerxord, Ackerstraße, ein.

Als vorläufige Tagesordnung setzen wir fest: 1. Bericht des Comité's. 2. Agitation und Organisation. 3. Regelung des Arbeitsnachweises. 4. Allgemeine Anträge. 5. Wahl des Vororts und des Comité's.

Wir richten nunmehr an alle Ortsverwaltungen, Vertrauensmänner und Einzelmitglieder die Aufforderung, schleunigst Stellung zu nehmen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

An die Holzarbeiter von Ost-Westfalen und Lippe.

Die diesjährige Konferenz der Holzarbeiter oben angegebenen Bezirke berufen wir hiermit auf Sonntag, den 27. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, in das Lokal des Wirths Ströter zu Jerxord, Ackerstraße, ein.

Als vorläufige Tagesordnung setzen wir fest: 1. Bericht des Comité's. 2. Agitation und Organisation. 3. Regelung des Arbeitsnachweises. 4. Allgemeine Anträge. 5. Wahl des Vororts und des Comité's.

Wir richten nunmehr an alle Ortsverwaltungen, Vertrauensmänner und Einzelmitglieder die Aufforderung, schleunigst Stellung zu nehmen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Jeder Ort hat das Recht, einen Delegirten zu entsenden. Für größere Orte gilt folgender Maßstab: 1 bis 50 Mitglieder einen Delegirten, 51 bis 100 zwei Delegirte, 101 bis 150 drei Delegirte usw.

Die Orte, welche noch Beiträge zu entrichten haben, müssen diese bis zum 20. Dezember eingekandt haben. Jeder Delegirte ist mit einem Mandate zu versehen.

Man muß sich vertreten sein, nur dann können wir überall vorwärts dringen.

Die am 23. November stattgehabte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Friedberg des deutschen Holzarbeiterverbandes, welche sehr zahlreich war, beschloß sich nochmals mit dem abweichenden Beschluß des Vorstandes über die Erhöhung der Beiträge.

Deshalb hat die Zahlstelle Friedberg angenommen, daß eine große Anzahl Zahlstellen, welche diesbezügliche Anträge angenommen haben, es unterlassen haben, diese dem Vorstande

öffentlich zu unterbreiten, sondern vielmehr sich nur mit der Veröffentlichung in der 'Holzarbeiter-Zeitung' begnügt haben, in der Meinung, daß dies genüge.

Die Zahlstelle Friedberg ersucht deshalb alle Zahlstellen, welche die Erhöhung der Beiträge beschlossen haben, alldah beim Vorstand die Vornahme einer Urabstimmung schriftlich zu beantragen.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Herr Jakob Loeb, Bürken-Fabrikant in Jülich a. Rh., sendet uns folgende Verächtigung:

Auf das unter Eingekandt in der vorigen Nr. 46 Ihrer Zeitung betreffend der Löhne welche in meiner Fabrik gezahlt werden, erwidere ich ergeben, daß der Einkander des Artikels sich von niedrigen Werten leiten ließ, demselben war darum gelegen meinen Reiter aus seiner Stellung zu verdrängen, um selbst solche einzunehmen was ihm jedoch nicht gelang.

Wir müssen es den acht bei Herrn Loeb beschäftigten Mitglieðern überlassen, sich zu vorkommender Erklärung zu äußern, da wir die Richtigkeit der Angaben nicht kontrolliren können.

Aus Emmendingen wird uns berichtet, daß nunmehr in der mechanischen Werkstatt des Herrn Schneider die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt worden ist.

Zur Unterstützung der streikenden Tischler in Brüssel haben die englischen Mechaniker über M. 74 000 gespendet. Eine solche internationale Solidarität der Arbeiter ist rühmlich anzuerkennen.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Über 13 000 Hafenarbeiter Hamburgs befinden sich, wie schon mitgetheilt wurde, im Streik.

Die Arbeiter fordern, von den Steuern und Abgaben aber abgesehen, ein Gehalt von 20 Prozent der Erträge.

Am Freitag sind an die hiesige Bevölkerung über 100 000 Flugblätter verbreitet worden, in denen die Ursache und der Stand des Streiks dargestellt ist.

Der Streik der Schauerleute in Hamburg veranlaßt die Importeure, einen Verein für Hamburg-Altona zu gründen.

Der Streik der Arbeiter in London wird durch die Unterstützung der Arbeiter in Hamburg und Bremen, zum Theil auch in Kiel und Lübeck, die Arbeit ein.

Die Arbeiter fordern, von den Steuern und Abgaben aber abgesehen, ein Gehalt von 20 Prozent der Erträge.

Am Freitag sind an die hiesige Bevölkerung über 100 000 Flugblätter verbreitet worden, in denen die Ursache und der Stand des Streiks dargestellt ist.

Der Streik der Arbeiter in London wird durch die Unterstützung der Arbeiter in Hamburg und Bremen, zum Theil auch in Kiel und Lübeck, die Arbeit ein.

Die Arbeiter fordern, von den Steuern und Abgaben aber abgesehen, ein Gehalt von 20 Prozent der Erträge.

Am Freitag sind an die hiesige Bevölkerung über 100 000 Flugblätter verbreitet worden, in denen die Ursache und der Stand des Streiks dargestellt ist.

Der Streik der Arbeiter in London wird durch die Unterstützung der Arbeiter in Hamburg und Bremen, zum Theil auch in Kiel und Lübeck, die Arbeit ein.

Die Arbeiter fordern, von den Steuern und Abgaben aber abgesehen, ein Gehalt von 20 Prozent der Erträge.

Am Freitag sind an die hiesige Bevölkerung über 100 000 Flugblätter verbreitet worden, in denen die Ursache und der Stand des Streiks dargestellt ist.

Der Streik der Arbeiter in London wird durch die Unterstützung der Arbeiter in Hamburg und Bremen, zum Theil auch in Kiel und Lübeck, die Arbeit ein.

Es ist sehr fraglich, ob die Arbeiter sich in dieser Weise haben werden; im Rebrigen liegt die Situation für die Streikenden so außerordentlich günstig, daß sie es ruhig auf die Entscheidung durch den Kampf antommen lassen können. Heute (Dienstag) sind auch die Maschinenisten in den Streik getreten; Alles spricht und gestaltet sich zu Gunsten der Streikenden. Der Huzug von Streikbrechern ist gleich Null, die Rekruten sind sofort wieder abgereist, zum Teil auf eigene Kosten. Daß dieser gewaltige Kampf, in dem sich heute 15 000 Personen befinden, siegreich zu Ende geführt wird, unterliegt gar keinem Zweifel.

Eine Teilung der österreichischen Gewerkschaften ist seitens der tschechischen Vertrauensmänner auf einer Reichskonferenz geplant worden. Gegen diese Art Fortschrittsarbeit wendet sich die Gewerkschaft, das Organ der österreichischen Gewerkschaftskommission. Es heißt da: Es muß verhindert werden, daß der zweite Gewerkschaftskongreß (der Weihnachtsfeier) Beschlüsse fasset, die für unsere Gesamtorganisation sehr verhängnisvoll werden könnten. Anlaß zu der Stellungnahme ist die Begründung, die auf dem in Brünn stattgefundenen Parteitag der tschechischen Genossen von dem Referenten zu folgendem Antrag gegeben wurde:

Der Parteitag in Budweis erklärte die Selbstständigkeit der tschechischen Partei. Heute gehen wir noch weiter und stellen den Antrag: Der Parteitag beschließt die Gründung einer eigenen Gewerkschaftskommission.

Der Antrag wurde nicht angenommen, sondern dem zweiten Gewerkschaftskongreß zugewiesen. Es handelt sich, wie die Gewerkschaft schreibt, also um eine Trennung der tschechischen Gewerkschaften in Böhmen und Mähren, von denen im übrigen Oesterreich. Die Antragsteller behaupten, daß für die Heranziehung und Befriedigung der tschechischen Arbeiter zu wenig gethan worden sei und daß man deshalb diese Institution durch getrenntes Handeln und vereintes Schlagen mehr heben könnte. In Wirklichkeit ist nun diese Behauptung falsch. Die tschechische Organisation war in der Kommission durch zwei Genossen vertreten. Ohne Aufforderung hat die Kommission einen Korrespondenten angeheißt und ohne Aufforderung hat sie die Mittel zu Agitationsreisen in tschechische Gebiete hergegeben, sie hat niemals nach der Sprache gefragt, wenn es galt, irgendwo im Interesse der Organisation einzugreifen. Die Ausgaben- und Einnahmeposten beweisen auf das Unwiderlegliche, daß sie ihrer Pflicht gegenüber den tschechischen Gebieten voll und ganz nachgekommen ist. Sie hat in Prag, Brünn und anderwärts ihre Vertrauensmänner, die zum Ausbau der Organisation ungenügend viel beitragen und beschäftigt sich weiter mit der Frage, wie es möglich wäre, diese Vertrauensmänner an wichtigen Stellen, wie Prag, Brünn usw., vollständig unabhängig zu machen, und es wäre gewiß das Gegenheil eingetreten, wenn der Böhmer Antrag verwirklicht worden wäre.

Die Frage ist auch nicht von den tschechischen Vertretern großer Gewerkschaftsorganisationen, sondern von Genossen, die fast ausschließlich mit politischen Parteiangelegenheiten betraut sind, aufgeworfen worden. Die Vertreter der Fachorganisationen haben nach dem Böhmer Parteitag, wie schon angedeutet, im Gegensaatz zu den Antragstellern, in Konferenzen entschieden Verwahrung gegen eine Teilung der Fachorganisationen eingelegt und erklärt, sie stehen voll und ganz auf dem Boden der Geschlossenheit des ersten Gewerkschaftskongresses. Unter dem Eindruck dieser Beschlüsse haben denn auch die Genossen der tschechischen Organisation in der Gewerkschaftskommission und Parteivertretung erklärt, sie seien ebenfalls für keine Teilung und beschränken ihre Forderung darauf, daß in den großen Fachverbänden mehr Agitatoren tschechischer Junge angeheißt werden sollen, um den notwendigen Einfluß in den Organisationen zu erhalten, was ja ebenfalls jetzt schon in entscheidender Weise geschieht. In den großen Verbänden sitzen bekanntlich überall tschechische Genossen.

Trotz der Erklärung dieser tschechischen Vertrauensmänner, ist nun doch seitens der Reichskonferenz beschlossen worden, daß dem Gewerkschaftskongreß seitens der gewerkschaftlich organisierten tschechischen Genossen folgende Minimalforderungen zur Annahme zu empfehlen sind:

1. Errichtung einer tschechischen Sektion bei der bestehenden Gewerkschaftskommission in Wien.
2. Errichtung eines selbstständigen tschechischen Sekretariats neben dem bestehenden deutschen. Der tschechische Sekretär ist dem deutschen nicht unterstellt. Seine Wahl ist Sache der tschechischen Fachorganisationen. Der tschechische Sekretär hat die tschechische Korrespondenz und Statistik, sowie überhaupt alle Angelegenheiten der tschechischen Fachorganisationen zu besorgen.
3. Gemeinsame finanzielle Verwaltung.
4. Anstellung tschechischer Kräfte bei den Verbänden der Metall-, Holz- und Textilarbeiter, Eisenbahner, Bauarbeiter, der keramischen Industrie etc.

Tatsächlich läuft das Ganze auf eine Teilung underspaltung der Kräfte hinaus. Treffend bemerkte die Gewerkschaft auch dazu: „Som Standpunkte des sozialistischen Klassenkampfes ist es eine Absurdität, unsere Kräfte in nationalen Gruppen zu zerstückeln, nur um unsere Selbstständigkeit zu bewahren und eine entsprechende Arbeitsteilung einzuführen.“

Der Föderalismus mag unter gewissen Verhältnissen in politischen Fragen gut sein — im Ganzen ist er auch der politischen Partei schädlich —, im wirtschaftlichen Kampfe darf er nie und nimmer Anwendung finden. Hier gilt Zentralismus, welchen uns der Staat, das Unternehmertum und die Industrie entgegensetzt. Es hieße ganz einfach, unseren ganzen Kampf aufgeben, wollten wir den internationalen Verbindungen in nationalen Gruppen entgegenzutreten, in Gruppen, von denen notwendigerweise durch ihre Selbstständigkeit verschiedene Programme und Kampfmittel angewendet würden. Es hieße die Sozialdemokratie in Oesterreich zerstückeln und zerstückeln, wollten wir auch in der gewerkschaftlichen Organisation dem Föderalismus Rechnung tragen. Die Gewerkschaftsorganisationen werden gut thun, zu den Anträgen der Reichskonferenz Stellung zu nehmen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, bevor sich ein Teil der Genossen in diese Anträge verliert und dann selbst auf die Gefahr einer Sprengung der mit Mühe aufgebauten Gewerkschaftsorganisation auf deren Durchführung verbarren. Die Genossen, welche sie gestellt haben, haben einfach nicht daran gedacht, daß sie hier mit Feuer gespielt haben und daß der Kern der tschechischen Partei nicht als die österreichische Sozialdemokratie.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Wenn Zwei dasselbe thun, ist's dann immer dasselbe? Gelegentlich des diesjährigen Vörlager Lösserstreiks fühlte sich der Lössermeister Fuchs gemüht, zu einem der streikenden Lösser zu sagen: „Ich erwürge ich“; er sagte allerdings noch mehr, aber das ist die gravierendste Stelle. Der so Bettelste fluchte Strafantrag und erreichte auch die Verurteilung des p. Fuchs. Das Urteil war ein verhängnisvolles, der Angeklagte wurde zu 3 Monaten event. 1 Tag Gefängnis verdonnert. Wäre der Kläger in diesem Falle Ankläger gewesen, so ist es nicht abzusehen, ob er nicht viellecht einige Monate aufgebremmt bekommen hätte. Es ist eben nun einmal nicht dasselbe, wenn Zwei dasselbe thun?

Technisches.

Gegen das Rißfäulen durchnässten Eichenholzes werden folgende Schutzmaßnahmen empfohlen: Die Stämme werden in noch frischem Zustande in 3-4 cm starke Dielen geschnitten und letztere in der üblichen Weise in einem Raume mit mäßigem Luftwechsel aufgeschichtet. In diesem Zustand müssen die Dielen etwa 3-6 Monate liegen, bis sie ohne Gefahr zu Möbeln verarbeitet werden können. Die an dem Stamme ringförmig angelegten Risse legen sich an den so behandelten Dielen nicht fort. Diese Behandlungsart wurde bei Pfeilerresten der Römerbrücke in Mainz mit Erfolg angewandt.

Literarisches.

Karl Marx zum Gedächtnis. Ein Lebensabriß und Erinnerungen. Von Wilhelm Liebknecht. 8 Bogen 8°. Unter Beigabe von einem Portrait von Marx, der Abbildung seiner Grabstätte, und zweier Facsimile-Wiedergaben von Briefen Marx' und Engels'. Diese schon früher angeforderte Schrift ist nunmehr bei W. v. S. & C. in Nürnberg erschienen. Der Verfasser schildert Karl Marx nicht als den Gelehrten, sondern als Menschen. Bis jetzt haben meist nur Gegner über Marx geschrieben, ihn als „herzlos“, „falt berechnend“ usw. geschildert. Und doch wie ganz anders war dieser Mann. In dem großen Gelehrten schlug auch ein großes Herz warm für alles Menschliche. Dies dem Volk nah zu rücken, zu zeigen, daß die Urtheile der Gegner falsch sind, war die Aufgabe, die sich Liebknecht stellte, und die er glücklich löste. Keiner ist noch vorhanden, der mehr bejahend und berufen wäre, über Marx als Menschen zu schreiben. Liebknecht verkehrte während der Londoner Exilzeit bis Anfang der 60er Jahre fast täglich und Jahre lang fast den ganzen Tag im Marx'schen Hause. Auch nach der Londoner Zeit hörte der feste Verkehr nicht auf. — Der Inhalt besteht aus einer biographischen Einleitung, Erinnerungen und einem Anhang, in dem neben Anderem das Verhältnis Lassalle's zu Marx, Engels, Liebknecht usw. dargestellt wird. Gerade dieser Abschnitt wird großes Interesse wachrufen. Von den einzelnen Kapiteln nennen wir: Wie ich mit Marx bekannt wurde. Erzählerisches und Sonstiges. Marx als Lehrer. Popularität. Wachen, Menschen und Photographien. Genie ist Fleiß, Freund und Lehrer. Urquhart. Barthelme. Marx und die Kinder. Patriotismus und was davon kommt. Krankheit und Tod. (In diesem Kapitel hat in liebenswürdiger Weise Frau Eleanor Aveling, die Tochter von Karl Marx, mitgearbeitet.) Nach meiner Londoner Zeit. Die Schrift kostet 75 H und ist durch alle Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

Briefkasten.

Magdeburg, R. Die „Volksstimme“ befindet sich im Irrthum. Nicht am 9. Oktober, sondern erst am 13. Nachmittags sind die Abmachungen mit den Lauterberger Fabrikanten getroffen. Da am gleichen Tage Mittags aber Redaktionschluss in der „Holzarbeiterzeitung“ gemacht wird, so konnte, abgesehen davon, daß der Bericht doch auch erst geschrieben werden mußte und ferner Lauterberg keine Vorstadt Hamburgs ist, der Bericht nicht früher als in die darauf folgende Nummer kommen. Wir müssen uns also gegen jede Unterstellung verwahren, als ob unserselbst die Berichterstattung absichtlich verzögert worden wäre. Uebrigens steht das Datum auch unter der Vereinbarung (Nr. 43 d. „H.-Stg.“).

Breslau, P. Wenn Notiz davon genommen werden soll, hat die Verwaltung das zu besorgen. Im Uebrigen hat die Publikation wenig Werth.

Hörsing, P. F. Das gewünschte Buch kostet M. 10,50 und ist von uns zu haben.

Düsseldorf, R. Der Berammlungsbericht ist uns von dem Kollegen J. Vanger zugelandt.

G., Drechsler S. Das Buch können Sie von uns bekommen.

Wetschan. Das wissen wir leider nicht. Ein Bericht ist uns erwünscht, das Weitere findet sich.

Dinkelsbühl. Die Aufnahme des Interats mußten wir ablehnen, weil kein Stempel beigebracht war und wir nicht wissen können, ob Sie Kassirer der Verwaltungsstelle sind.

Fürstenberg, F. W. Was fällt Ihnen denn ein, glauben Sie, daß der Redakteur Jedermanns Prägung ist? Soweit sind wir noch lange nicht, wie Sie sich das einzubilden scheinen. Wir sind an die Leitung des Blattes gestellt, um die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder nach besten Kräften zu wahren und zu vertreten. Beweisen Sie uns, daß wir dies bisher nicht gethan haben. Wenn wir uns für die Erhöhung der Beiträge schon seit Jahren ausgesprochen, so geschah es deshalb, weil wir dieselben zur Kräftigung der Organisation für unbedingt notwendig hielten. Niemand wird uns auch von dem Glauben abbringen, daß 5 H mehr die Woche aufzubringen nicht möglich ist, wenn nur etwas guter Wille vorhanden wäre. Könnte man die Pamentationen ruhig lassen: diese sind es gerade, welche dem Verande zum Schaden gereichen, indem man den Mitgliedern unbedingt glauben macht, daß wenn 5 H Wochenbeitrag mehr bezahlt werde, sie verhungern müßten. Zeigen Sie uns an einem einzigen Beispiel, daß unser Verhalten zur Diskussion über die höheren Beiträge ein recht preussisches Gepräge trägt und daß unsere Bemerkungen zu einzelnen Berichten „entstellend“ waren. Sollen wir Ihrer Meinung nach etwa jeden Uaßan zum Abdruck bringen, ohne Rücksicht auf die Vorurtheile, wo solche aus mancherlei Gründen unbedingt notwendig sind?

Dazu wird uns Niemand zwingen, und Niemand dazu das Recht haben. Also, wir thun, was uns Recht erscheint, und lassen uns von Niemandem einschüchtern und beeinflussen. Wir achten jede Meinung unserer Mitglieder, aber wir theilen sie nicht immer, und können dies auch nicht, da für uns die Gesamtverhältnisse maßgebend sind, denen wir Rechnung tragen müssen. Es ist also durchaus verkehrt, wenn man von uns verlangt, wir sollten unparteilich sein in Fragen, in denen wir eine bestimmte Richtung einschlagen müssen; aber verlangt man von uns, wir sollten die Wackelpolitik der unparteilichen Blätter treiben, deren Redakturen den Mantel nach dem Winde hängen? Das werden wir nicht thun!

Wiedorf, v. R. 1. Das erfahren Sie am besten bei der Firma Lüders in Oßlich, Patentbureau. 2. An die Behörde für die Standesämter. 3. Können wir nicht wissen, das richtet sich nach dem Genus am Orte.

Redaktion der „Bildhauer-Ztg.“. Die Sendung Ihres geschätzten Blattes an meine Privatadresse können Sie einstellen. A. R. 811.

Technischer Frage- und Antwortkasten.

1. Wer liefert geschliffene Haarpijfel, wie solche in Goldleistenfabriken gebraucht werden?
2. Wer liefert haltigen Weichsel, wie österreichischen?
3. Wie färbt man Pfaffaya braun?
4. Wer liefert Finkenjägen?
5. Wer liefert Apparate, um Holzbrand mit der Hand herzustellen?
6. Wer liefert beste Maschinen für Holzschuhe und Pantoffelbearbeitung?
7. Wo bekommt man den Amateur-Beizhen-Apparat „Dilatopfer“?

Wir bitten die Kollegen aus den in Betracht kommenden Berufen, wenn möglich, uns über die obigen Fragen Auskunft zu geben.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. S. 8 in Hamburg.)

Bekanntmachung des Vorstandes.

Irthümlich ist in der Bekanntmachung in voriger Nummer Herr Witte in Berlin C als direkt gewählt bezeichnet. Dies ist ein Irrthum. In der 15. Abtheilung hat Stichwahl stattgefunden zwischen Witte mit 22 und Brunzel mit 18 gegen 19 zerplitterte Stimmen.

Der Vorstand.

J. A.: G. Blume.

Vom 14. bis 28. November gingen folgende Gelder ein: Hamburg III M. 800, Hamburg IV 800, Berlin A 400, Berlin B 400, Berlin C 400, Altona 400, Jülich 400, Hannover 400, Koblenz 400, Kiel 400, Köln II 400, Ränchen-Schwabing 400, Nürnberg 400, Weihenheim 400, Erfurt 300, Augsburg 300, Gera 300, Hamburg II 300, Bielefeld 250, Flagwitz 250, Wandersbeck 250, Öppingen 200, Gensburg 200, Leipzig III 200, Nowawes 200, Offenburg 200, Mainz 200, Leipzig III 200, Zettin 200, Kleinschöcher 200, Erlangen 200, Achim 200, Gaarden 200, Hamburg V 200, Eilenburg 175, Bohls 150, Herford 150, Jüversgehofen 150, Dulsburg 150, Langendiebach 150. Witzhausen 150, Ohren 110, Aschaffenburg 100, Griesheim 100, Söhr 100, Eppenhain 100, Kleinhausen 100, Weierthelm 100, Weihenheimburg 100, Hirsheim 100, Jülich 100, Pohl 100, Hennethal 100, Vambrecht 100, Bamberg 100, Emdenich 100, Gundersheim 100, Neue Neustadt b. W. 100, Mariendorf 100, Dessau 100, Rheingönheim 100, Volkmarzdorf 100, Hildesheim 100, Hameln 100, Obergreiflau 100, Steglitz 100, Mühlburg 100, Schlez 80, Rühlungen 80, Apolda 50, Brenslau 50, Gellenheim 65, Lützen 50, Kottweil 50, Siebenlehn 85. Summa M. 15 027. Zuschuß erhielten vom 14. bis 28. November: Brud M. 257, St. Gangloff 200, Reichsappel 100, Bredow 100, Nied 100, Hellingen 88, Federshausen 60, Martinroda 50, Roswig 50, Heiligenrode 40, Summa M. 1245. — An Krankenunterstützung (einkl. für Arzt und Arznei) wurden für Einzelmitglieder der Hauptklasse bezahlt: M. 983,20.

Invalidenfonds.

Auch in diesem Jahre beabsichtigt der Vorstand, zu Weihnachten den Invaliden unserer Krankenkasse — d. h. denjenigen Mitgliedern derselben, welche das volle ihnen laut den Bestimmungen unserer Statuts zustehende Krankengeld bereits erhalten, also von der Krankenkasse keine Unterstützung mehr beziehen — eine kleine Freude zu bereiten. Wir erlauben deshalb die Ortsverwaltungen derjenigen Verwaltungskassen, in welchen sich solche Mitglieder befinden, uns bis spätestens den 15. Dezember ein auf Unterstützung gerichtetes Gesuch zu übersenden.

Unterstützt werden auch in diesem Falle nur solche Mitglieder, welche

1. kein Krankengeld mehr erhalten und noch arbeitsunfähig sind;
2. keine Unterstützung der Unfallversicherung oder aus einer anderen Pensionskasse erhalten;
3. sich infolge der über die statutenmäßige Zeit dauernden Krankheit resp. Arbeitsunfähigkeit in nothleidenden Verhältnissen befinden.

Das Unterstützungsgesuch muß von mindestens drei Mitgliedern der Ortsverwaltung unterzeichnet sein. Auch müssen Name, Buchnummer und die Adresse des Mitgliedes genau angegeben werden.

E. Jacobs, Hauptkassirer.

Allgemeine Frankenk- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(E. S. 86, Hamburg.)

Im November sandten Ueberlässe ein: Berlin A M. 200, Berlin B 200, Berlin C 200, Nürnberg 100, Hamburg II 100, Wagnitz 100, Magdeburg 100, Gießen 50. Saizschuß erhielt: Hannover A 100.

Zul. Rahmann, Districts-Vz. L.

Verjammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Seite 10 Sch.)

Altona, Dienstag, den 8. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wwe. Ehler, Norderstraße 87. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Böh. 2. Bericht des...

Die Ortsverwaltung, Rande, Sonntag, den 13. Dezbr., Nachmittags 4 Uhr, beim Wirth Berling, vormals Mühl.

Eilenburg, Sonnabend, den 12. Dezbr. Kottbus, Sonnabend, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Ad. Graben, Neufährstraße 2.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bären. Bevollmächtigter Aug. Welsch, Kassier H. Trogenmann. Reiseunterstützung im Vereinslokal bei Herrn Küberg, Gastwirth, Langestraße 388, Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr.

Sommerfeld. Die Reiseunterstützung wird vom Bevollmächtigten, G. Fruchtar, Kilo-Laisstraße 15, prt., Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr ausbezahlt.

Torgau. Unser Vereinskassier befindet sich bei Herrn Sandtag, Königsstraße 167. Wir bitten alle reisenden Kollegen, nur dort zu verkehren.

Aufforderung.

Der Tischler Otto Schüler, Buch-Nr. 109468, geb. zu Nordhauken am 12. März 1877, ist nach Unterzeichnung von Verbandsgelehrten und einer Sammelkarte von hier verschwunden. Wir bitten, denselben anzuhalten und seine Adresse hierher mitzutheilen oder an den Hauptvorstand einzuliefern.

Aufforderung.

Der Tischler August Krüger, Buch-Nr. 109446, geb. zu Hohenstein, wird hierdurch aufgefordert, das von uns entlehrene Buch sofort abzuliefern. Kollegen, welche den Aufenthalt desselben wissen, werden ersucht, ihn auf Obiges aufmerksam zu machen.

Nachruf.

Am 18. November starb unser Mitglied, der Tischler Heinrich Sassen, im 20. Lebensjahre an der Lungenschwindsucht. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung Nordensham.

Nachruf.

Am 18. November verstarb im Alter von 36 Jahren unser Kollege, der Tischler Johannes Margreri, nach kurzen, aber schwerem Leiden an der Lungenschwindsucht. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung Münster i. S.

Ortskrankentage Nr. IX.

Generalversammlung Sonnabend, den 12. Dezember 1896, Abends 8 Uhr, im Saale des Belvédère, Haschwalderstraße. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes. 2. Wahl der Rechnungsprüfer. 3. Verschiedenes. Freitag, den 22. November 1896. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sitzung der Stellvertreter Hamburg. Am Sonnabend, 12. Dezember 1896, bei B. Plabe, Post-Str. 30: Winter-Vergnügen unter geistlicher Mitwirkung der Dankschuldnerin St. Pauli Pöcherstr. 1883. Anfang 8 1/2 Uhr. Das Comité.

Emil Jung, Drechsler, wo heißt Du? Stube mit Isidor Deitz Küche. Max Vahl, Tischler, Trebsin.

Ein Techniker

gesucht von einer größeren Bantischlerei zum Anfertigen von Werkzeichnungen, Beauftragten der Banarbeiten etc. Offerten erbeten unter S. D. 349 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Frankfurt a. M.

Gesucht ein Möbeltischler

zu sofort. A. Wellert, Mirow i. M.

6-8 Möbeltischler

finden sofort dauernde Beschäftigung in der Möbel-Fabrik mit Dampftrieb von Wernicke & Rohde, Barth (Pommern).

Mehrere tüchtige Tischler

werden auf dauernde Arbeit zum sofortigen Eintritt gesucht. Möbel-Fabrik Anton Guhlmann, Neustadt b. Chemnitz i. S.

Suche per sofort einen tüchtigen

Kastenarbeiter.

Bohn nach Uebereinkunft. Kost im Hause. C. Deppe, Wagenbauer, Lage (Linne-Deilmold).

Zwei tüchtige Hornbrechler

erhalten bei gutem Lohn und Akkord sofort dauernde Stellung, eventuell später.

Kr. Schmitz, Dampfdruckerei, Jferlohn.

Ein tüchtiger Holzdrehler

auf sofort gesucht von Lenz, Dessau, Amollenstr. 106.

Tüchtige Holzdrehler

auf dauernde Arbeit gesucht. Mech. Filzwarenfabrik, Singen (Baden).

10 Korbmachergefelln

finden dauernde Beschäftigung auf Ballonfärbe (Bohn 28 1/2) bei A. Fröbel, Stettin, Laßstraße 72.

12 tüchtige Korbmacher

auf Ballon finden dauernde Beschäftigung bei C. Apelt, Korbmachermeister, Mühlberg a. d. Elbe.

Wenn Sie sparen wollen, tragen Sie nur das wegen seiner Vorzüglichkeit überall rühmlichst bekannte

Felsen-Hemd,

bestes Tricot-Hemd, fast unzerreißbar, warm, waschecht, nicht einlaufend. Brust- oder Achselstück mittel groß ganz groß 2,50 2,75 3,- 2,- 2,20 2,40. Vorhersehung od. Nachnahme. Son 3 St. franko. Gustav Krüdel, Kleinberkauf, Zeitz.

Circa 10300 Stück Zug-Harmonika's patentirt.

in Deutschland patentirtlich geschützt, unter D. R.-G. M. N. 47462 eingetragen und von mir selbst erfinden lassen. In Spiral-Tastenfederung sind bereits seit 3 Monaten (Mai Juni, Juli 1896) vertrieben. Jede eine Resonanzvorrichtung od. Schallkörper werden neuer Zusammenbauung ist in dieser Zeit eingegangen. Ich garantiere nach wie vor 10 Jahre für jede Fabrik!



1000 Mk. Jede 16 bestmögliche Schallkörper od. Schallkörper, welcher mit der Harmonika verbunden ist, hat ein sehr starkes Echo. In dem oben angegebenen Zeitraume an Erbsen-Schoten hat ein sehr starkes Echo. Jede 16 bestmögliche Schallkörper od. Schallkörper, welcher mit der Harmonika verbunden ist, hat ein sehr starkes Echo. Jede 16 bestmögliche Schallkörper od. Schallkörper, welcher mit der Harmonika verbunden ist, hat ein sehr starkes Echo.

10 Jahre Garantie. Ich habe für das Drehen oder Erklären der Tasten, jedem meiner bedeutend verbesserten, 36 cm großen, hart gebauten, rein abgenommenen Konzert-Zug-Harmonika „Westfalia“!

Eine solche, sehr leicht spielende Harmonika, 2chörig, 10 Tasten, 2 Register, 2 Doppelklappe, 40 garantiert beste Stimmen, 2 Subalter, offene, mit Nickelstab umlegte Klaviatur, 2chöriger, unverwundlich harter Extrabalg mit Stahlklappen, kostet bei mir mit Selbstlernschule nur M. 5,-, mit Klappenpiel nur M. 5,50, 3chörig, mit 2 echten Registern, nur M. 7,50, 4chörig, mit 4 echten Registern, Größe 38 cm, nur M. 9,-, mit 2 Reihen (19 Tasten, 4 Klappen, 4chöriger Orgelmusik, Größe 38 cm) nur M. 12,-. Eine hochfeine Akkord-Zither mit sechs Manualen, Selbstlernschule und vollständigem Zubehör nur M. 10,-. Eine hochfeine Konzert-Violine, beste Qualität, mit Zubehör, nur M. 9,50. Eine hochfeine Trommel, mit 6 Schrauben, großes Format, kostet mit sämtl. Zubehör nur M. 10,-. Kiste frei. Porto 80 Sch. Rob. Hasberg, Neuenrade (Westfalen).

Eine ausgebaute Wasserkraft im Riesengebirge von durchschnittl. 6 Pferdekraft, mit großen Bohlen- und Arbeitsräumen ist zu vermieten, eventuell mit Grundstück billig zu verkaufen. Gesl. Anfragen bes. sub W. J. 135 die Exp. d. Bl.

Quittungsmarken, Rabattmarken, Kantschakstempel, sowie alle Druckerarbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth Konrad Müller, Ertzdamm-Leipzig. Illustrierte Preislisten gratis!

Titus Axen vorm. J. H. Löwenhagen Rathhausmarkt 2, Altona. Spezialität: Tischler-Werkzeuge. Preislisten gratis. Garantie für solide Arbeit.

Fournierpressen, keine Böhde, allgemein schon eingeführt, bei F. Grünig, Offenbach a. M.

Stomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit farbiger Eisenbahn- und Wegkarte von Deutschland und angrenzenden Ländern. 356 Seiten Text in Leinen gebunden Preis M. 1,60. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, sowie durch die Expedition d. Blattes oder gegen Einzahlung von M. 1,80 (auch in Briefmarken) von G. Stomke's Verlag, Bielefeld.

Durch die Expedition dieser Zeitung sind zu beziehen: Entwürfe einfacher Zimmereinrichtungen, Serie I, enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 6 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3,30. Entwürfe moderner Zimmereinrichtungen, Serie II, enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 8 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3,30. Da Nachnahme zu teuer ist, empfiehlt es sich, den Betrag M. 3,30 bei der Bestellung mit einzuliefern. (Auch in Briefmarken.)

Dresden.

Dienstag, den 8. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr: Große öffentliche Versammlung der Bantischler im großen Saale des „Trianon“. Tagesordnung: 1. Die Spezialstatistik der Bantischler und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen. 2. Wahl von zwei Mitgliedern zur Lohnkommission. 3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend, steht zahlreichem Erscheinen der Kollegen entgegen Der Vertrauensmann.

Paul Horn, Hamburg Fabrik chemischer Produkte. Comptoir: Hamburg, Admiralitätsstrasse No. 23. Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39. Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauchen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt Garantie d. Oelanschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht. Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da sähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität. Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“ Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechsler-Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko. 1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.